Nr. 480 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 103

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 18,70 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— M., Teuerungszuschlag 50 %. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50 %. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 28. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Aufstieg der Sozialdemokratie.

Der zum Parteitag erschienene Bericht des Parteivorstandes zeigt, daß trotz aller Anfeindungen und gegenteiligen Behauptungen die Partei im letzten Jahre eine gesunde und stetige Entwicklung genommen hat. Die „Freiheit" glaubte freilich vor kurzem feststellen zu können, weil wir der Selbstzerfleischung ihrer Partei mit überlegener Ruhe zuschauen, daß in der S. P. D. das geistige Leben erloschen sei. Das Gegenteil beweist die Fülle der zum Parteitag gestellten Anträge, namentlich zum Parteiprogramm und zur Wohnungsfrage. Es ist auch kein Zeichen geistiger Trägheit, wenn der vom Parteivorstand herausgegebene Gutachtenband zum Programm trotz seiner Auflage von 20 000 bereits wenige Tage nach dem Erscheinen vergriffen war.

Nach dem stürmischen Wachstum der Parteiorganisation in den ersten Monaten der Revolution mußte natürlich ein ruhigeres Tempo eintreten. Aber immerhin ist noch eine ansehnliche Zunahme der Mitgliederzahl auch im vergangenen Jahre zu verzeichnen. Nach dem ungeheuren Rückgang der Organisation in der Kriegszeit hatte das Jahr 1919 den ganz anormalen Zuwachs von 806 Proz. gebracht. Das konnte natürlich nicht ewig so fortgehen. Immerhin war aber im Jahre 1920 noch eine Mitgliederzunahme von 15,6 Proz. zu verzeichnen. Nach dem Bericht des Parteivorstandes zählt die Partei jetzt

1 180 208 eingeschriebene Mitglieder.

Den Zuwachs stellen absolut ausgedrückt **168 000 Mitglieder.** Die Genugtuung über diesen Erfolg wird leider getrübt durch die Tatsache, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder abgenommen hat, Ansporn genug, diese Scharte baldigst auszuwetzen.

Dank des starken Mitgliederzuwachses haben sich die Beitragseinnahmen der Hauptkasse mehr als vervierfacht. Sie stiegen auf rund **1 434 000 M.**, das ist die stärkste Beitragsabführung, die je zu verzeichnen war! Auch die sonstigen Beiträge haben sich mehr als verdoppelt, was hauptsächlich auf den Beschluß des letzten Parteitags zurückzuführen ist, der die Parteigeschäfte verpflichtet, von ihren Reingewinnen 20 Proz. an die Hauptkasse abzuführen. Der Erfolg dieses Beschlusses wäre noch größer, wenn alle Parteigeschäfte dieser Verpflichtung nachgekommen wären, wobei allerdings die jetzigen schwierigen Produktionsverhältnisse den Säumigen als Milderungsgrund dienen. Aber trotz der ungeheuren Verteurung aller Rohmaterialien für die Zeitungsherstellung hat sich die Zahl der Parteiblätter im Berichtsjahre ganz wesentlich vermehrt, sie stieg von 95 im Vorjahr auf

147 Parteiblätter im Berichtsjahr.

„Neue Zeit" und „Wahrer Jakob" und „Gleichheit" haben einen Rückgang des Abonnentenstandes zu verzeichnen, nicht zuletzt wegen der leider notwendigen starken Erhöhung des Preises. Sehr gut entwickelt hat sich die Buchhandlung Vorwärts.

Die Agitation hat alle Schwierigkeiten der schlechten Verkehrsverhältnisse, die Abberufung eingearbeiteter Funktionäre in amtliche Stellen und auch die wüste Gegenagitation von der äußersten Rechten und äußersten Linken überwunden. Bedeutende Erfolge erzielten die besonderen Organisationszentralen für Lehrer und Beamte.

Der Bildungsausschuß, der während der Kriegszeit seine Tätigkeit fast völlig einstellen mußte, nahm diese im Berichtsjahre wieder auf. Seine praktische Tätigkeit bestand in der Förderung der örtlichen Bildungsausschüsse.

Auch die Jugendbewegung wurde neu belebt, mit welchem Erfolg, mag daraus ersehen werden, daß allein in einem Quartal die Anzahl der an Vortragskursen, Einzelvorträgen, Wanderungen, künstlerischen Veranstaltungen, Spielen usw. beteiligten Jugendlichen **260 000** betrug.

Von der Frauenbewegung ist schon gesagt, daß leider ein Rückgang in der Zahl der organisierten Genossinnen zu verzeichnen ist. Immerhin weisen 15 Bezirke eine Zunahme auf. Die verstärkte Anteilnahme der Genossinnen am öffentlichen Leben macht sich allerorts bemerkbar, in Reichs- und Landesparlamenten wie in Kommunalvertretungen haben wir eine große Anzahl weiblicher Abgeordneter und Bürgerdeputierter tätig. Eine organisatorische Neubildung von hohem Wert für die Arbeiterklasse ist die Schaffung eines Hauptausschusses für Arbeiterwohl. Diese Gründung ist keine rein weibliche; doch sind die Frauen Hauptträgerinnen der Bewegung. Sie bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, insbesondere ihrer gesetzlichen Regelung und sachgemäßen Ausführung.

Zusammenstellungen über die Wahlen zum Reichstag, zu den Landtagen, den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen vervollständigen den Bericht des Parteivorstandes. In einer Tabelle ist eine Uebersicht über die Vertreterzahl unserer Genossen in den Kommunalvertretungen gegeben, aus der hervorgeht, einen wie starken Einfluß unsere Partei allein in diesen Stellen ausübt.

Alles in allem: ein Bild regen Lebens und günstiger Aufwärtsentwicklung unserer Partei. Allen Anfeindungen von rechts und links zum Trotz steht sie als granitener Fels im Meere politischer Unstetigkeit. Allerorts sind unsere Genossen mit neuer Hoffnungsfreudigkeit erfüllt, von neuem Geist beseelt und zu verdoppelter Parteitätigkeit bereit. Der Parteitag wird dazu ihnen noch besonderen Ansporn geben.

Ein „Orgesch"-Fund.

Seltsame Verschwiegenheit des Oberpräsidenten.

Halle, 27. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) **Vor einigen Tagen wurde hier in einer Autodroschke eine Aktentasche gefunden, die der Besitzer, der Geschäftsführer des Landbundes in Halle, Beck, hatte liegen lassen. In der Tasche befand sich außerordentlich wichtiges Material über die Geheimorganisation der Orgesch und des Landbundes, darunter auch der Wortlaut einer Rede des Forstrats Escherich, in der er versichert, daß die Orgesch ihre Ziele mit der Waffe in der Hand verfolgen werde, solange dies notwendig sei. Sämtliche landwirtschaftliche Vereine der Umgegend, sogar Ziegen- und Kaninchenzuchtvereine, aber auch das Landesökonomiekollegium sind der Orgesch angeschlossen. In dem Material befand sich auch die Mitteilung des Geschäftsführers Beck in einer Versammlung, daß er binnen kurzem Material gegen den Oberpräsidenten veröffentlichen werde, das zu seinem Sturze hinreiche.**

Wir haben uns an das Oberpräsidium gewandt, um Einzelheiten aus dem Material zu erhalten. Merkwürdigerweise verweigert das Oberpräsidium jede Auskunft über den Fund. Welche Gründe zu dieser Geheimtuerei Anlaß geben, konnten wir nicht erfahren. Man sollte aber meinen, daß das so außerordentlich gewichtige und gravierende Material für die Oeffentlichkeit mehr Interesse hat als für die Aktenschränke einer Behörde. Sollten die bekannten Widerstände gegen den Oberpräsidenten Hörsing sich schon soweit verstärkt haben, daß man ihm sogar den Mund verbietet, wenn es sich um die bewaffnete Geheimorganisation handelt?

Unsere Besatzungslasten.

Durch WTB. wird bekanntgegeben:

Nach einer Havasmeldung vom 22. September antwortete der französische Finanzminister auf die Anfrage eines Senators nach der Höhe der Besatzungskosten im Rheinland und der bisher gezahlten Entschädigung, daß die Kosten bis Ende März 1920 1,8 Milliarden Frank betragen hätten und von Deutschland bis Ende Juli 1 388 047 245 Mark bezahlt worden seien. Der Betrag von 1,8 Milliarden Frank ergibt (nach dem Kurse von 400) 7,2 Milliarden Mark. Nach zuverlässigen Informationen handelt es sich bei dieser Summe von 1 388 047 245 M. nur um die baren Geldleistungen, die bis jetzt an die französische Besatzungsarmee gezahlt werden mußten. Der Wert der für die Besatzungstruppen getätigten Sachleistungen ist noch gar nicht zu schätzen. Allein durch die Requisitionen der Besatzungstruppen dürfte ein Kostenaufwand von mindestens 6 Milliarden Mark verursacht worden sein.

Nach zuverlässigen Nachrichten wurde in der Nähe von Kaiserslautern erst jüngst ein wertvolles Waldgelände von etwa 600 Hektar zur Errichtung eines Munitionsdepots beschlagnahmt. Die Gesamtkosten hierfür werden auf mindestens **110 Millionen Mark** angegeben, deren Zahlung von Deutschland verlangt wird. Eine ebenfalls in der Nähe von Kaiserslautern geplante große Benzintankanlage, deren Errichtung von Deutschland gefordert wird, verschlingt weitere 40 Millionen. Beide Anlagen sind

für die Versorgung einer Millionenarmee

ausreichend.

Auf der Gemarkung Euren-Zewen bei Trier planen die Franzosen ferner den Bau einer Feldbäckerei, die täglich zunächst 100 000, später 200 000 Brote, also den Tagesbedarf für 200 000 bzw. 400 000 Mann herstellen soll; dazu einen Uebungsplatz für die Eisenbahntruppen, dessen Bau bereits begonnen ist. Hierzu werden **300 Morgen fruchtbarsten Ackergeländes**, fast durchweg Kleinbesitz, beansprucht. Die Höhe der Kosten ist noch nicht übersehbar.

Die alten deutschen Flugplätze im besetzten Gebiet reichen den Franzosen und Belgiern nicht aus. Sie haben den angeblich als Reserveflugplätze für den Mobilmachungsfall wertvolles Ackergelände von 800 Hektar beschlagnahmt. Der Ernteausfall und der schwere Schaden für den meist kleinbäuerlichen Grundbesitzer findet bei den französischen und belgischen Militärbefehlshabern keinerlei Verständnis. Die Belgier fordern weiter die Errichtung von vier großen Truppenlagern, deren Bau über 47 Millionen kosten wird.

Davon aber wird in Brüssel nicht gesprochen; es ist ja für die Finanzlage belanglos . . .

Mit Trauerrand.

Innsbruck, 27. September. (WTB.) **Die Blätter bringen an leitender Stelle Meldungen über die vollzogene Annexion Südtirols. Die Meldungen sind mit Trauerrand versehen. Die Stadt ist zum Zeichen der Trauer schwarz beflaggt.**

Die internationale Geldkrise.

Zur Brüsseler Konferenz.

Von Adolf Braun.

Man wird, wenn man nicht zu mutigen und großen Schritten den Entschluß faßt, die Vergeblichkeit aller Beratungen in Brüssel und Genf erkennen müssen. Wir wissen, daß das Problem, um das es sich handelt, zwar von Advokaten und Diplomaten aufgeworfen werden kann, daß aber nur großzügige, vor noch nicht Dagewesenem nicht zurückschreckende Staatsmänner und Finanzpolitiker einen Ausweg aus der Zerrüttung der europäischen Finanzen finden können. Die Krise des Geldes, die Revolutionierung der Preisbildung ist international.

Das Suchen nach einem Weg aus der Ueberfülle von Schuldverpflichtungen und aus dem leider nur papiernen Geldüberfluß kann natürlich sehr leicht zu Vorschlägen führen, die undurchführbar sind. Man kann nicht scharf genug abraten, auf dem Gebiete des Geldwesens unerfahrene und kenntnislose Leute operieren zu lassen. Gerade in revolutionären Zeitläuften hat man oft die bösesten Erfahrungen bei Experimenten mit dem Geldwesen gemacht. Die Assignaten der französischen Revolution, die Kossuthnoten von 1849, die Noten der deutschen Revolution von 1849 sind warnende Beispiele. Darüber kann kaum ein Zweifel sein, daß mit weiteren ungedeckten Noten ein Weg aus dem schwankenden Geldwerte, aus der Unsicherheit unserer ganzen Weltwirtschaft, aus der Gefahr des Wertloswerdens unserer Noten nicht zu finden ist. Auch aus der ungeheuren Schuldenlast, über die uns in diesen Tagen der deutsche Reichsfinanzminister und sein Kollege in Paris unterrichtet haben, ist ein Ausweg zu suchen.

Wir werden ihn nur dann finden, wenn sich auch die Staaten mit gesundem und relativ gesundem Geldwesen überzeugen lassen, daß auch sie die Ungesundheit des Geldwesens der anderen Staaten unmöglich auf die Dauer ertragen können. Ein Beispiel: London war bis zum Kriege der Hauptstapelplatz der Weltwirtschaft; der Reichtum Englands ist einerseits auf seine Kolonien, andererseits auf seine Handelsstellung weit mehr zurückzuführen, als auf die Produktion im eigenen Lande. Wenn Großbritannien wegen der Unsicherheit des Geldwesens der anderen Wirtschaften, weil es nicht mehr außer Landes hergestellte Waren kaufen und verkaufen kann, seine Weltmarktstellung verliert, so vermindert sich auch seine Weltmachtstellung, so hören die Voraussetzungen seines Wesens und seines Gedeihens auf, dann ist aber auch England nicht mehr in der Lage, die ungeheuren Verpflichtungen, die seine Staats- und seine Privatwirtschaften eingegangen sind, zu erfüllen.

England, Spanien, die skandinavischen Staaten, auch Japan, vor allem die Vereinigten Staaten, haben einen gewaltig großen Goldschatz. Diese garantieren den Geldwert ihrer Noten. Dieser Goldschatz wurde früher geschützt und gesichert und als der Kern der Geldwirtschaft der nationalen und internationalen Handelsbeziehungen jedes Landes betrachtet. Höher als der Goldschatz der Zentralbanken ist die Möglichkeit zu bewerten, daß man überhaupt weltwirtschaftlich wirken kann. Deshalb ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht das, was zu Napoleons III. Zeiten als ein utopischer Vorschlag des französischen Kaisers betrachtet wurde, heute nicht trotz aller egoistischen Einwendungen im Interesse der Goldschatz besitzenden Staaten doch zur Gesundung des Geldwesens der Welt eingeführt werden könnte: das Weltgeld.

Das Weltgeld oder, wie es vielleicht viele lieber hören, das Völkerbundgeld wäre ein ganz neues Geld, gesichert durch den Goldschatz aller Nationen, über den nur eine Völkerbundnotenbank verfügen soll, der durch die dezentralisierte Aufbewahrung vor etwaigen Zugriffen kriegführender Mächte möglichst zu sichern wäre. Dieser „Weltgulden" würde in Patagonien und in Sibirien den gleichen Wert haben, die Wertschwankungen wären nur bestimmt durch Transport- und Versicherungskosten beim Ausgleich internationaler Wechselverbindlichkeiten. Daneben würde vorerst während einer Uebergangszeit, die zu bestimmen wäre, das Papiergeld der einzelnen Staaten weiterbestehen. Es würde natürlich, da es statt der bisher ganz unzureichenden Golddeckung gar keine Golddeckung hätte, absterben bzw. gegen Staatsschuldverpflichtungen auszutauschen sein. Es würde nur gesichert sein durch die wirtschaftliche Kraft der einzelnen Staaten. Das erscheint schon utopisch. Doch wenn man bedenkt, daß unsere Reichsbanknoten eine kaum zweiprozentige Golddeckung und eine Wechseldeckung in den schwebenden Schulden des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten haben, so muß man, da diese schwebenden Schulden nicht gleichgestellt werden können mit dem vor dem Kriege zur Deckung der deutschen Reichsbanknoten vorhandenen Wechselportefeuille, unser Papiergeld als ein wesentlich ungedecktes bezeichnen.

Alle internationalen Geschäfte werden in Völkerbundgeld abzuschließen sein. Es finden heute schon viele Geschäftsabschlüsse des deutschen Verkehrs mit dem Auslande in Dollars und Sterlingpfunden statt. Der internationale Verkehr würde durch die Ausgleichung in Weltgeld in hohem Maße gesichert, seines überwiegend spekulativen Charakters entkleidet und stark gefördert werden. Es wird von den über

beträchtliche Goldschätze verfügenden Staaten und Volkswirtschaften zu erwägen sein, ob sie die Bereitstellung ihrer Goldschätze — natürlich unter Garantien verschiedener Art — nicht für vorteilhafter erachten, als deren weiteren Besitz unter dauernder Störung aller internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Das internationale Geld würde vermutlich immer mehr auch im inneren Verkehr der Länder an Stelle des nationalen Geldes treten, das nationael Geld vermutlich noch mehr entwerten, aber auch wegen der Versiegelung der nationalen Banknotenpressen einen Ruhepunkt herbeiführen, von dem die Gesundung der Wirtschaft ausgehen könnte.

Nicht nur die Schwankungen des Geldwertes hindern die Gesundung unserer und auch vieler anderer Staatswirtschaften. In dieser Richtung wirkte auch die alle Vorstellungen früherer Zeit in den Schatten stellende Schuldenlast der europäischen Wirtschaft. Wir glauben, es ist die größte Utopie, daß die Staaten diese Schulden dauernd verzinsen, einmal konvertieren oder gar, wenn auch noch so langsam, amortisieren werden. Alle Staaten des europäischen Kontinents, jedenfalls alle am Kriege beteiligten Staaten gehen dem Bankerott entgegen, und die nicht diesem Schicksal entgegeneilenden neutralen Staaten leiden schwer unter den Wirkungen der Geldrevolution und unter einem überaus harten Steuerdruck.

Man muß die Schulden abbürden, wie es schon der große Solon vor mehr als zwei Jahrtausenden in Athen getan hat. Man muß, was freilich bei den schwebenden Schulden und bei Banknoten wie Darlehnskassenscheinen schwerer ist, als bei den fundierten Schulden, die Schuldverpflichtungen unter Uebergängen erlöschen lassen. Das konn man nur, ohne die fürchterlichsten Erschütterungen befürchten zu müssen, wenn die Abbürdung der Schulden gleichzeitig von allen Staaten geschieht. Man könnte etwa erklären, daß vom 1. Juli 1921 ab für alle Schulden der Staaten, die vor dem 1. Juli 1920 eingegangen wurden, in den 15 Jahren bis zum 1. Juli 1936 nur noch anderthalb Prozent Zinsen, vom 1. Juli 1936 bis 1. Juli 1951 bloß noch 1 Proz., vom 1. Juli 1951 bis zum 1. Juli 1966 bloß noch ½ Proz. und von da ab überhaupt keine Zinsen mehr gezahlt werden.

Eine auch gewaltsam wirkende Rückführung der Weltbanknotenmenge auf die für den Verkehr notwendige Menge würde die Druckwirkungen der Inflation, der Geldüberfülle aufheben und den Wert d. h. die Kaufkraft des Geldes steigern, damit einen gewissen Ausgleich für die Verluste vieler Staatsgläubiger herbeiführen.

Daß bei allen diesen Maßnahmen für die gegenwärtige Generation von besonders schützenswerten Kleinrentnern Sicherungen gesucht werden müssen, daß für Staaten, die einen großen Teil ihrer Anleihen im Auslande untergebracht haben, größere Schwierigkeiten vorhanden sein werden, als für die, die bloß im Inlande verschuldet sind, ist durchaus klar. Aber diese Einwendungen finden doch ein Gegengewicht darin, daß mit der Zahlungsunfähigkeit der europäischen Staaten über kurz oder lang gerechnet werden muß. Alle Staaten, auch die Gläubigerstaaten, haben ein großes Interesse an der Verhinderung unvorhergesehener katastrophaler Zusammenbrüche. Sie werden kluger Ueberlegung nach freiwillig Opfer bringen, um nicht zu unfreiwilliger Entsagung genötigt zu werden. Auch für sie wird es einen großen Vorteil bedeuten, wenn die europäischen Wirtschaftskörper nach schwerer Operation wieder gesunden, und wenn die Weltwirtschaft, an der Gläubigerstaaten noch stärker interessiert sind wie die Schuldnerstaaten, wieder in geregelten Gang kommen kann.

Es sind große Mittel, die wir hier vorschlagen, natürlich nur Ausgangspunkte für eine Erörterung über die Möglichkeit einer Gesundung der europäischen Wirtschaft.

Man möge die kostbare Zeit nicht verstreichen lassen, indem man mit kleinlichen Mitteln arbeitet, um zuletzt zur Erkenntnis zu kommen, daß alle Konferenzen in Brüssel und Genf nicht aus den Sackgassen herausführen. Die Welt muß sich entschließen, den fürchterlichen Problemen mit ganz außergewöhnlichen Mitteln ohne Sentimentalität und ohne Phantasterei, mit der Bereitwilligkeit, große Opfer zu bringen, entgegenzutreten.

Deutsche Denkschrift für Brüssel.

Das erschütternde Zahlenmaterial der in Brüssel vorgelegten deutschen Denkschrift soll tiefen Eindruck gemacht haben.

Die Schuldenlast des Reichs hat sich — ohne Berücksichtigung der Schulden der Einzelstaaten — von 5 Milliarden Mark vor dem Krieg auf rund **240 Milliarden Mark** erhöht. Die Dena entnimmt dem 22 Seiten starken Bericht folgende Einzelheiten.

Die unverhältnismäßige Höhe der fortdauernden Ausgaben für Heer und Marine gegenüber der Zeit vor dem Krieg ist

in der Hauptsache durch den Friedensvertrag verursacht.

Während ein Soldat vor dem Krieg jährlich durchschnittlich 700 Mark kostete, verursacht der Söldner, wobei allerdings auch die Geldentwertung eine Rolle spielt, eine Ausgabe von **12 170 Mark** für den Kopf. Unter Einbeziehung der Verwaltungskosten beliefen sich die

Ausgaben für einen Soldaten

vor dem Krieg auf 1200 M.; jetzt sind sie auf 24 300 M. gestiegen. Dazu kommen die Ausgaben für das Besatzungsheer, deren Höhe völlig unabsehbar ist. Nach den wiedergegebenen Zahlen aus dem Voranschlag für den Reichshaushalt 1920 ist ein Betrag von 37 661,2 Millionen Mark durch Anleihen zu decken. Damit ist indes noch nicht das ganze Defizit angegeben, denn in dem Voranschlag sind die reichseigenen Betriebe nicht miteinbalten. Für sie ist vielmehr ein besonderer Haushalt aufgestellt, nach dem sich für das Etatsjahr 1920 bei der

Reichseisenbahn ein Fehlbetrag von 16,4 Milliarden Mark

ergibt. Die Steigerung der persönlichen Ausgaben erklärt sich: 1. aus der — vorwiegend durch den Achtstundentag — bedingten Personalvermehrung, 2. aus der Verteuerung der Lebensbedürfnisse sehr beträchtlich gewordenen Erhöhung der Bezüge. Die starke Abnutzung des gesamten Materials ist auch bei der Reichspost zu berücksichtigen, bei der mit einem Minderbetrag von 2350 Millionen Mark gerechnet wird. Hingegen wird beim Abschluß der Reichsdruckerei mit einem Ueberschuß von rund 3 Millionen Mark gerechnet, der gegenüber den Mindererträgnissen von Eisenbahn und Post kaum ins Gewicht fällt. Die Gestaltung des Reichshaushalts für 1921 und die spätere Zeit ist beeinflußt durch das

Anschwellen der Verzinsung

für die vorhandenen Schulden und durch das weitere Wachsen der Schulden selbst. Der Aufwand für die Durchführung des Friedensvertrags, z. B. für die Entschädigungen infolge von Liquidationen, ist noch nicht zu übersehen; beträgt doch die angemeldete Entschädigungssumme für die

konfiszierten Güter der Auslandsdeutschen

131 Milliarden Mark. Die Einnahmeseite wird beherrscht werden von dem Ergebnis der laufenden Steuern und dem Fortfallen der einmaligen Kriegssteuern. Zahlenmäßige Bilder können vorläufig nicht entworfen werden. Der **Papiergeldumlauf** belief sich am 31. August 1920 auf **72 223 Millionen Mark.** Während früher das gesamte

steuerliche Aufkommen

in Deutschland mit etwa 5 Milliarden Mark zu veranschlagen war, ist es heute auf **36 Milliarden Mark** gestiegen, und zwar obwohl vorher eine scharfe Kriegssteuergesetzgebung allen Vermögenszuwachs besteuert hatte.

Die Montagssitzung.

Brüssel, 27. September. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Auf der Internationalen Finanzkonferenz wurden heute die Berichte über die finanzielle Lage Deutschlands und Großbritanniens erstattet. Einzelheiten dieser Berichte dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Dann eröffnete der englische Vizepräsident Brand die Aussprache. Er führte aus, die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 100 Jahren, die Zunahme des Kapitalismus in Europa und die Zunahme der Bevölkerung waren allmählich derart gestiegen, daß die europäische Kultur sich selbst nicht mehr erhalten konnte und der Krieg die glatt funktionierende Maschine der internationalen Finanzen und der internationalen Industrie vollkommen in Verwirrung brachte. Infolgedessen hätten sich Zustände ergeben, die zu dem

Chaos

führten. Brand schilderte dann die Lage in ziemlich grauen Farben und meinte, das erste, was man tun müsse, um unnötige Zahlungsmittel zu vermeiden, sei die Herstellung eines **Gleichgewichts** zwischen laufenden Einnahmen und **Ausgaben** der Regierungen zu schaffen, (nach Versailler Muster? Red.) das zweite, **nicht produktive Ausgaben aufzugeben** (durch Besetzung fremder Gebiete und Weiterniissen? Red.) und nicht mehr Anleihen auszugeben, ja selbst die Ausgabe produktiven Kapitals nach Möglichkeit zu beschränken. Der wirklich einschränkende Faktor müsse nicht der Kredit, sondern das Kapital sein. Es sei völlig nutzlos, Geld für irgendwelche Zwecke zu geben, ja selbst gegen einen hohen Bankdiskont, wenn andererseits die Zahlungsmittel durch schwebende Schulden und größere Geldzirkulation erhöht werden müssen. Die

Politik des hohen Bankdiskonts,

die Brand im übrigen empfiehlt, müsse mit der Erhöhung der Kaufmittel und der Erhöhung der Produktion parallel gehen. Das sei allrdings leichter gesagt als getan. Die Ziffern zeigten, wie die Ausgaben aller Staaten ganz ohne jedes Verhältnis zu den Einnahmen gestiegen seien. Der größere Teil der Ausgaben könne zwar nicht gut beschränkt werden, z. B. die Beträge, die für die öffentlichen Schulden, für Pensionen und für den normalen Arbeitskreis der Regierungen notwendig seien. Es könnten aber **große Ersparnisse** gemacht werden, insbesondere auf dem Gebiet unproduktiver Ausgaben, z. B. der **Bewaffnung,** der **Arbeiterunterstützung** und der Unterstützungen verschiedener Art. Eisenbahn- und Posttarife müßten so erhöht werden, daß sie zum mindsten die Selbstkosten decken. Das sei aber nur möglich, wenn die **Politik so verändert** werde, daß man die Einflußsphäre der Regierung **verkleinere,** statt sie zu vergrößern. Jetzt wolle man sie vergrößern, spreche von **Sozialisierung,** von Staatsmonopolen usw. Die alten Weisheiten aber lehrten, daß man die Staatsfinanzen nicht verbessern könne, wenn sich nicht gleichzeitig die Börsen der Bevölkerung im allgemeinen verbesserten. Das Wichtigste für den internationalen Verkehr sei, endlich einmal Sacherheit und Stabilität zu schaffen. Brand gab zu, daß selbst beim besten Willen ein günstiges Resultat nicht durchaus sicher sei, man müsse sich selbst aber wenigstens die Erfolgaussichten halten.

Der belgische Ministerpräsident Delacroix antwortete formell höflich, sachlich aber ziemlich scharf. Er sagte, der Vorredner hätte sich auf politisches Gebiet begeben, hätte von

Beschränkung der Bewaffnung

gesprochen, von Vermeidung sozialer Maßnahmen, die die Privatindustrie schädigen könnten, von Sozialisierung und Nationalisierung. Auf dieses Gebiet könne Delacroix ihm vor diesem Forum nicht folgen. Wohl aber lege er den größten Wert darauf, gerade hier zu sagen, daß ursprünglich alle Regierungen die Absicht gehabt hätten, eine Vermögensabgabe zu fordern. Aber in Deutschland wie überall, sei man allmählich davon abgekommen und habe stattdessen ein Surrogat geschaffen, das mit einer Vermögensabgabe nichts gemein habe. Es segle zwar unter dem Namen einer Vermögensabgabe, sei in der Tat aber nur eine Steuer. Man belaste das Vermögen und räume dem Reich das Recht ein, diese Abgabe in langen Fristen bis zu 30 Jahren abzubezahlen. Praktisch bedeutet das, daß der Steuerpflichtige dies nicht vom Kapital, sondern vom Einkommen bezahlen werde. Am ehesten sei man der ursprünglichen Idee in Italien nahegekommen, und zwar durch Einführung der Erbschaftssteuer, aber den richtigen Kernpunkt habe man nirgends erfaßt.

Am Nachmittag setzte Ricci (Italien) auseinander, was sein Land getan habe, um die eigenen Schwierigkeiten zu lösen. Avenol (Frankreich) gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß gemeinsame Heilmittel gegen die traurige Lage der Welt gesucht werden sollten.

Groß-Berlin und die Landesversammlung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im Leitartikel der Sonnabend-Nummer hat sich Genosse Franz Krüger über die Sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung und mich kritisch geäußert. Aus Rücksicht auf das Parteiinteresse möchte ich diese Debatte nicht öffentlich vor den Augen der Parteigegner fortsetzen. Aber ich bin jederzeit bereit, mich vor einer Funktionärversammlung mit Genossen Krüger über Groß-Berlin auseinanderzusetzen, und ich hätte nur gewünscht, er hätte diese Befragung der Berliner Parteigenossenschaft rechtzeitig herbeigeführt.

Ernst Heilmann.

Das Tempo der Pädagogik.

Eine Entgegnung von Robert Breuer.

„Ein Fachmann und Christ muß es sein" ... Nämlich der Oberschulrat von Groß-Berlin. Aber nein, Genossen, um dergleichen geht der Kampf nicht. Er geht um die Frage, ob es klug ist, etwas zu versprechen, was erfahrungsgemäß nicht gehalten werden kann; er entscheidet sich an dem Bewegungsgesetz der Pädagogik. Bekanntlich gibt es Geschichtskenner, die die Katastrophentheorie aus dem Geologischen nicht auf das Gebiet des menschlichen Geschehens mechanisch übertragen wollen. Sie meinen vielmehr, daß alles geschichtliche Geschehen sich organisch entfaltet, daß Aufstieg und Verfall durch die Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch sich vorbereiten. Für die Agitation ist solche Philosophie des Kaltblütlers gewiß nicht gerade nützlich, aber das ändert gar nichts daran, daß sie für das Gebiet des Erziehungswesens unbedingt Gültigkeit hat. Die Geschichte der Erziehung kennt vielleicht einige Revolutionäre, aber ganz gewiß kennt sie keine Revolution. Sie kennt den Fortschritt, die systematische Wandlung, aber sie zeigt nirgends Sprung oder Sturm. Jahrzehnte und Jahrhunderte buchstabieren an: Rousseau, Francke, Pestalozzi, Froebel, an Anschauungsunterricht, Arbeitsschule, rhythmischer Körperübung. Man beachte zum Beispiel den Weg vom alten Jahn bis Dalcroze und denke zugleich an den Turnunterricht in einer gegenwärtigen Dorfschule. Man besinne sich auf den Trubel, der vor wenigen Jahren mit dem Zeichnen nach der Natur arrangiert wurde und höre, daß heute recht kluge Zeichenlehrer das Zeichnen nach Holzkörpern wieder zu schätzen wissen. Eine Schulpolitik, die solcher Wirklichkeit vergißt, muß scheitern. Sie muß kläglich scheitern, wenn sie sich mit pathetischer Reilschrift kurzbefristete Wechsel ausstellt, oder wenn sie sich parteipolitisch engagiert; denn Parteipolitik will immer übermorgen die Erfüllung. Am allerwenigsten darf der Schulpolitiker sich an Illusionen verlieren. Bei allem Erzieherischen ist das, was zwischen den Zeilen schwingt, das maßgebende. Selbstverständlich ist der Ballast an Bibelstellen, Kirchenliedern, hohenzollernschen oder sonstigen Geschichtszahlen Objekt jeglicher Schulreform; wenn aber hier Bilderstürmerei einsetzt, kann leicht geschehen, daß Hunderttausende das als notwendig Erkannte nicht tun, um Schutzwall gegen Bedrohung stehen zu lassen. Ein Kultusminister kann so gut wie nichts dekretieren, und ein Oberschulrat hat als lokale Größe kaum mehr Gewalt. Alle Bewegung auf dem Gebiete der Erziehung entscheidet sich an der Gesinnung der Personen, der Landschaft und der Tradition.

Der Schulregent befiehlt keinem toten Instrument; er hat es mit lebendigen Wesen, mit Lehrern, Eltern und Schülern zu tun. Attacken zu reiten, kann hier nur Niederlagen einbringen. Nur Generationen lassen Wandlungen erkennen. Keiner Diktatur wird es gelingen, von heute auf morgen die Gehirne der Lehrer umzuschalten, oder auch nur die Lehrbücher „von Grund auf" zu erneuern. Wäre nach dem der Pädagogik eingeborenen Tempo bei der Bestallung des Berliner Oberstadtschulrats verfahren worden, so hätte mit größerer Sicherheit darauf gerechnet werden können, daß die pädagogische Kritik, die sich seit Jahrzehnten und nicht erst seit der Revolution um den Religionsunterricht, den Geschichtsunterricht, den Unterricht in der Staatskunde, in der Weltgeographie und um dergleichen mehr bemüht, energische Auswirkung fände. Wir brauchen ganz gewiß neue Lehrer, neue Bücher, neue Methoden, neue Gerechtigkeit und neue Liebe in der Schule; aber das alles läßt sich nicht durch noch so rot geflaggte Tiraden oder Kinderkreuzzüge erzwingen, läßt sich vielmehr nur organisch entwickeln. Die Herausstellung des Dr. Loewenstein ist ein Fehler, weil sie das Tempo der Pädagogik unberücksichtigt läßt. Wobei noch nicht einmal in Erwägung gezogen wird, daß schon verwaltungstechnisch die Verheißungen jegliches neuen Schulherrn sich von heute auf morgen als unerfüllbar erweisen müssen. Eine Erkenntnis, nicht für Agitatoren, wohl aber für Regierende — die wir doch sein wollen.

Münchener Rummel.

Der Banzen kracht, der Bierbauch schwillt,
Sie feiern Schützenfeste;
Der große Durst wird kaum gestillt.
Schon lächeln hohe Gäste.

Der Escherich haut auf sie drum,
Und vieles steht zu hoffen.
Bald zeigt sich das Mirakulum,
Wenn ganz das Volk besoffen.

Dann zieht es im erprobten Joch,
Laßt seine Knochen wägen
Und wer sich sträubt — ei nun, ja doch,
Den schlägt man vor den Brägen.

Aus Bayern kündet das Fanal:
Läßt uns den Geist begraben,
Ihr Treuen, helft uns allzumal,
Den Preußen, Sachsen, Schwaben.

Dann tilgen wir mit Stiel und Stumpf
Des neuen Lebens Reste,
Das deutsche Land wird wieder Sumpf —
Wir feiern Schützenfeste.

Schlaraff.

Die Unendlichkeit der Sternräume. Bis vor wenigen Jahren war die Mehrzahl der Astronomen geneigt, anzunehmen, daß die Sternenwelt auf einen begrenzten Raum beschränkt sei, welcher einigermaßen dem von der Milchstraße eingenommenen Gebiet entspricht. Wie Arrhenius im neusten Heft der „Umschau" berichtet, ist die Milchstraße nach neueren amerikanischen Messungen aus dem Jahre 1917 eine riesige Spirale mit einem Durchmesser von 50 000 bis 100 000 Lichtjahren. Bekanntlich ist ein Lichtjahr die Strecke, die das Licht während eines Jahres zurücklegt, d. h. also, wenn ein Stern in der Milchstraße erlischt, wird es auf der Erde unter Umständen erst nach 100 000 Jahren wahrgenommen. (Unsere ganze Menschheitsgeschichte ist nicht älter als 7000 Jahre!) Nun durchläuft das Licht in der Sekunde 300 000 Kilometer, eine Strecke also, die 7½mal so groß ist als der Umfang der Erde. Eine Lichtminute ist für den menschlichen Geist kaum vorstellbar, nun gar 100 000 Lichtjahre! Aber auch diese Räume haben sich für die Sternenwelt als zu eng erwiesen. Shapley hat die Entfernungen der großen kugelförmigen Sternhaufen berechnet und fand Entfernungen einzelner Sterne bis zu 220 000 Lichtjahren. Noch weiter geht der schwedische Forscher Dr. Lundmark, der bei den Sternnebeln Entfernungen bis zu 20 Millionen Lichtjahren annimmt. Die Millionen von Lichtjahren, mit denen unser Gesichtskreis plötzlich erweitert worden ist, deuten darauf hin, daß keine Grenzen dem forschenden Geist gesetzt sind als diejenigen, welche in der Unvollkommenheit unserer Werkzeuge liegen, kurz, daß die Welt der Sterne nicht begrenzt ist, wie man bisher annahm.

Amundsens Mißgeschick. Der kühne und bisher immer erfolgreiche Nord- und Südpolkämpfer Amundsen ist auf seiner jetzigen Polreise andauernd vom Mißgeschick verfolgt. Wie ein Fischereidampfer, der vom Eismeer nach Rome in Alaska zurückkehrte, meldet, ist Amundsens Schiff „Maud" in der Nähe der Küste Ostsibiriens so fest von Eismassen eingeschlossen worden, daß das Schiff in Gefahr schwebt, vom Eise zerdrückt zu werden. Tritt dieser Fall ein, so muß Amundsen mit seinen Begleitern die Küste zu erreichen suchen und heimreisen. Das ganze weitsichtige Unternehmen, das 1918 begann, wäre damit in Frage gestellt.

Die Erneuerung der Hochschule für Musik. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat an die Staatliche Hochschule für Musik die Professoren E. N. v. Reznicek und Otto Taubmann für Komposition, Professor Albert Fischer für Gesang, Professor Waldemar Lütschg für Klavier berufen. Professor Carl Flesch übernimmt an der Hochschule einen Sonderkursus für Violine, der im Frühjahr nächsten Jahres beginnt.

Der Wissenschaftliche Verein setzt trotz der Ungunst der Verhältnisse seine Bestrebungen, seinen Mitgliedern gute Vorträge zu bieten, fort. Der Jahresbeitrag ist auf nur 20 M. erhöht (weitere Familienmitglieder 15 und 10 M.) In diesem Winter sprechen u. a. v. Lettow-Vorbeck (Eindrücke von Land und Leuten in Afrika), Prof. Poll (Entwicklung ohne Befruchtung), Dr. Ulbrich (Amelienschlange), Prof. Freundlich (Kolloid-Chemie), Prof. Schünemann (Ziele der modernen Musik), Prof. Wagner (Die Elektronenröhre). Einzelvorträge 4 M. Näheres durch die Geschäftsstelle NW. 7, Georgenstr. 34/36.

Klabunds Vortragsabend im Graphischen Kabinett, Kurfürstendamm 232, der heute stattfinden sollte, ist auf den 5. Oktober verschoben worden.

Der Landesverein Preußischer Technischer Lehrerinnen, der jetzt auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, tritt vom 2. bis 6. Oktober in Dortmund zur gemeinsamen Beratung zusammen. U. a. wird das Turnsystem Mensendieck in Vergleich gestellt zum deutschen Schulturnen. „Den naturkundlichen Unterricht in der Hand der Hauswirtschaftslehrerinnen" behandelt Frl. Baumert-Hagen. Ueber den Aufstieg der „Begabten im Zeichenunterricht" spricht Frl. Erna Meinecke-Dortmund, über den „Nadelarbeitsunterricht im neuen deutschen Schulsystem" Frl. Brackebusch-Celle.

Friedensdokumente. Beim Umbau des neuen, am historischen Rathaus gelegenen Stadtweinhauses in Münster, wurden wichtige archivarische Funde gemacht. Es handelt sich um Urkunden aus der Zeit der westfälischen Friedensverhandlungen.

Groß-Berlin

Wann tritt Groß-Berlin in Kraft?

Der von der Preußischen Landesversammlung mit den Aenderungen des Gesetzes Groß-Berlin betraute Ausschuß hat bekanntlich beschlossen, die Zahl der unbesoldeten Stadträte auf 12 festzusetzen und der Landesversammlung zu empfehlen, eine nochmalige Wahl der sogenannten 20 politischen Stadträte vornehmen zu lassen. Tritt die Landesversammlung dem vom Ausschuß mit 15 gegen 11 Stimmen gefaßten Beschluß bei — woran nicht zu zweifeln ist — so wird die im Gesetz Groß-Berlin vorgesehene Inkraftsetzung der neuen Einheitsgemeinde über den 1. Oktober hinausgeschoben.

Der Ausschuß hat daher in den § 58 des Gesetzes über die Uebergangsbestimmungen einzufügen beschlossen, daß die in Betracht kommenden Magistrate und Gemeindevorstände ihre Amtsgeschäfte so lange fortzuführen haben, bis der Magistrat von Groß-Berlin gewählt ist. Die Landesversammlung wird sich aller Voraussicht nach in dieser Woche mit den Vorschlägen des Ausschusses beschäftigen. Jedenfalls dürfte es noch einige Zeit dauern, bis die nochmaligen Wahlen vorgenommen werden können.

Die Veranlasser des neuen Ausnahmegesetzes gegen das rote Berlin dürften nicht gerade große Freude an ihrem Flickwerk haben, denn daß der Magistrat nunmehr ein viel anderes Gesicht bekommt, ist doch wohl nicht zu erwarten.

Die bürgerlichen Parteien werden entsprechend ihrem Stärkeverhältnis 5 unbesoldete Sitze bekommen, und da unter den schon einmal gewählten Dutzendstadträten sich bereits 2 Bürgerliche befinden, ist in den Reihen der Unabhängigen bereits die Frage aufgeworfen worden, ob dieselbe in die Zahl 5 einzubeziehen seien.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich bei der Wahl dieser beiden Herren lediglich von sachlichen Motiven und Billigkeitsgründen gegenüber der Demokratischen Partei leiten lassen. Das Verhalten der letzteren in der Preußischen Landesversammlung hat jedoch auch in unseren Reihen eine starke Mißstimmung ausgelöst.

Im übrigen braucht wohl an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden, daß der gegenwärtige Zustand des Hinausschiebens der Einheitsgemeinde die Führung der Geschäfte in allen Orten erheblich erschwert. Die Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretungen sind zum großen Teil bereits außer Tätigkeit und für die Verwaltungen selbst ist ein Disponieren beinahe unmöglich. Darüber sehen die Leidig, v. Eynern und Genossen mit Gleichgültigkeit hinweg. Pflicht der Regierung muß es sein, auf schnelle Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes zu drängen.

Der Mord in der Bülowstraße,

dem die Schauspielerin Klemm zum Opfer fiel, hat noch keine Aufklärung gefunden. Nachdem der Geliebte der Ermordeten, der nach allen bisherigen Feststellungen nur allein als Täter in Frage kommt, als gewerbsmäßiger reisender Taschendieb entlarvt worden ist, sind Beamte der Taschendiebespatrouille ständig unterwegs, um seine Spur zu suchen. Man hofft, des Gesuchten bald habhaft zu werden, um so mehr, als Bilder von ihm beim Erkennungsdienst vorhanden sind. Der Fall zeigt wiederum, wie einträglich die „Geschäfte" der gewerbsmäßigen Taschendiebe sind. Pomoczny hat auf diese Weise so viel „verdient", daß er sich mit dem „Nimbus" eines „Schiebers" umgeben konnte.

•

Dem Leichenfund im Tiergarten liegt nach den bisherigen Feststellungen wohl kein Verbrechen zugrunde, wenn auch die Angehörigen einen Selbstmord des jungen Mädchens für unwahrscheinlich halten. Fest steht, daß der Mann im Kahn, der von einem Zeugen gesehen worden ist, nichts mit dem Tode des Mädchens zu tun hat. Es ist dies ein Parkangestellter, der Fischerlaubnis hat und die von ihm gelegten Reusen untersuchte. Auffällig bleibt es immer noch, daß das Mädchen nach der Auseinandersetzung mit der Pflegemutter von Steglitz nach Berlin gefahren ist, um im Tiergarten den Tod im Wasser zu suchen. Die Ermittlungen sind daher auch noch nicht abgeschlossen.

Die Ausgestaltung des Bahnhofs Friedrichstraße.

Bekanntlich sollte durch den Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße ein neues Monumentalbauwerk geschaffen werden, und dieses durch die Freilegung auf der Nordseite für die mit der Stadtbahn in Berlin eintreffenden Reisenden besonders zur Geltung gebracht werden. Aus verschiedenen Erwägungen heraus hat man sich neuerdings entschlossen, den ursprünglichen Plan, so weit abzuändern, daß die Kosten erheblich niedriger werden. In den technischen Einzelheiten bleibt es bei dem ursprünglichen Projekt, drei Bahnsteige, von denen der eine, nördliche für die beiden Richtungen des Vorortverkehrs bestimmt ist. Auf dem mittleren Bahnsteig werden sämtliche Züge nach Westen und vom Osten abgefertigt, während die Fernzüge aus westlicher Richtung und nach dem Osten auf dem südlichen Bahnsteig abgefertigt werden. Der Zugang zu den Fernbahnsteigen erfolgt von der Nordseite her, wo die Fahrkartenschalter und die Gepäckannahme angeordnet sind. Der Ausgang der ankommenden Reisenden ist jedoch nur nach der Südseite möglich, hier sind auch die Gepäckabfertigungen, die großen Droschkenhalteplätze von jeher gewesen. Im großen Ganzen werden nach dem neuen Plane die ursprünglichen Fundamente, Mauern usw., die ursprünglich durch Eisenbetonkonstruktionen ersetzt werden sollten, für den Umbau benutzt. Danach wird die Südseite des Bahnhofes in dem jetzigen Zustand erhalten bleiben. Nur die Ausführung des Dienstgebäudes auf der Südseite wird eine Veränderung des Bildes bringen. In diesem sollen Post und Polizei sowie eine Bahnmeisterei und einige Dienstwohnungen untergebracht werden. Der umgebaute Bahnhof Friedrichstraße wird wenigstens vom Norden her den Eindruck eines Monumentalbaues machen.

Empfangsabend des Betriebsrätekongresses.

Die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Asa veranstaltet für die Delegierten des ersten Betriebsrätekongresses Deutschlands am Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt", Hasenheide 108/114, einen Empfangsabend. Mitwirkende: Konzertmeister Lambinon, Violine, Paul Conradi (Deutsches Theater), Rezitation; das Blüthner-Orchester. Musikalische Leitung: Chormeister Thilo. Die Männerchöre: „Namenlos" und „Solidarität" (Mitglieder des Arbeiter-Sänger-Bundes). Begrüßungsansprache: Rudolf Wissell. Eintrittskarten für Gäste zum Preise von 3.50 M. bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, I, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Belle-Alliancestr. 7—10, und im Betriebsrätesekretariat, In den Zelten 23,

Die Cöpenicker Kleinhaus-Siedlung.

Die unter großen Mühen fertiggestellte Cöpenicker Kleinhaus-Siedlung wurde von dem leitenden Unternehmer, Kommerzienrat Haberland, der Stadt übergeben. Die Siedlung, die etwa 150 Häuser umfaßt, deren jedes einen etwa 300 bis 800 Quadratmeter großen Garten besitzt, ist dadurch ganz besonders bemerkenswert, daß sie mit Friedensmaterial hergestellt worden ist, das seinerzeit rechtzeitig erstanden wurde. Aus diesem Grunde konnten die Häuser zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen abgegeben werden. Für minderbemittelte Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien betrug der ermäßigte Kaufpreis für den kleinsten Typ mit drei bewohnbaren Räumen 15000 Mark, der nichtermäßigte bis 28000 Mark. Die größten Häuser mit sechs bewohnbaren Räumen sind mit 56000 M. verkauft worden. Die Häuser machen, außen wie innen, den denkbar besten, wohnlichen Eindruck. Formen und Farben zeugen von hohem, künstlerischem Geschmack, die Anordnung der Räume von vollendeter praktischer Geschicklichkeit und Erfahrung.

Bürgermeister und Baurat von Cöpenick verfehlten die günstige Gelegenheit nicht, vor den versammelten Regierungs-, Presse- und Gemeindevertretern ihr schmerzliches Bedauern darüber auszusprechen, daß die über 700 Jahre lang selbständig gewesene Stadt nun diese Selbständigkeit verliere und in den Ortsverband Groß-Berlin übergeben müsse. Wenn Cöpenick letzten Grundes nichts weiter als eine 700jährige Tradition gegen die Eingemeindung in Groß-Berlin ins Feld zu führen hat, so möchten wir dazu nur bemerken, daß unsere Zeit über zahllose ebenso alte oder noch ältere Traditionen an einem einzigen Tage mit einem Schlage fortgeschritten ist. In Erinnerung an dieses welthistorische Geschehnis dürfte der Stadt Cöpenick das Aufgeben ihrer Selbständigkeit nicht ganz so schwer fallen.

Das Ende des Teltower Kreistages.

Die letzte Sitzung des Teltower Kreistages hatte noch eine Reihe wichtiger Punkte zu erledigen. U. a. beschloß der Kreistag, den Ruhelohn und die Hinterbliebenenversorgung für die bei den Kreisstraßenbahnen beschäftigten Personen nach den Sätzen der Großen Berliner Straßenbahn zu regeln. Für die Festangestellten wird nach dem Muster des Tarifvertrages für die Arbeiter die im Falle der Erkrankung gewährte Weiterzahlung des Lohnes auf 26 Wochen verlängert. Bei Gelegenheit des Berichtes über die Kreissparkasse, der Girokasse und der Kreiskommunalkasse gibt der Abgeordnete Nathan einen historischen Rückblick über die Finanzgebarung des nunmehr zu einem erheblichen Teil in Berlin aufgehenden Kreises. Die Ausführungen des bürgerlichen Abgeordneten gipfeln in dem Ausspruche: „Bis hierher war die Entwicklung des Kreises Teltow gut, der Rest ist Schweigen". Die beantragte Entlastung wird erteilt. Der Austausch von Flächen am Teltowkanal mit der Stadt Teltow wird antraggemäß beschlossen. Die Wahlen von Schiedsmännern, von Amtsvorstehern und Amtsvorsteher-Stellvertretern werden nach den Vorschlägen des Wahlausschusses erledigt. Bei der Wahl des zum Amtsvorsteher vorgeschlagenen Rittergutsbesitzers Wrede enthält sich die S. P. D. der Abstimmung und bedauerte einen Gegenkandidaten nicht vorschlagen zu können. Herr Wrede bestreitet, daß in seinem Betriebe gegen die Versicherungsgesetze irgendwelcher Verstoß vorgekommen sei, seine Betriebskrankenkasse sei vorbildlich.

Der Landrat schloß den Kreistag als den größten, der in Preußen je bestanden, der bewiesen habe, daß auch ein Kreistag, der nach politischen Parteien zusammengesetzt sei, fruchtbare wirtschaftliche Arbeit leisten könne.

Ausscheidende Stadträte. Stadtbaurat, Stadtältester Dr.-Ing. Bredtschneider und Stadtschulrat Dr. Neufert, beide bisher im Charlottenburger Magistrat tätig, treten am 1. Oktober in den Ruhestand. Stadtbaurat Bredtschneider ist am 1. März 1888 in den städtischen Dienst getreten und wurde am 15. März 1893 zum Stadtbaurat für Tiefbau gewählt. Der Ausbau der Kanalisation, der Brücken, die Aufschließung ganzer Straßenzüge und Stadtteile, vor allen Dingen aber die Bismarckstraße sind sein Werk. Bis zur Einrichtung der Bezirksverwaltung wird Stadtbaurat Bredtschneider seine bisherige Tätigkeit weiterführen. Stadtschulrat Dr. Neufert gehörte seit dem 1. April 1899 dem Magistratskollegium an. Er hat u. a. die Waldschule begründet.

Schönebergs letzte Stadtverordnetensitzung.

In der Schöneberger Stadtverordnetensitzung wurden vor acht Tagen von dem Unabhängigen Petersohn bei einer Vorlage gegen das Wohnungsamt und gegen das Mieteinigungsamt heftige Angriffe gerichtet, die auch den Angestellten galten. Zu Beginn der gestrigen Sitzung verlas Vorsteher Czeminski ein langes Schreiben der Angestellten, durch das sie die Angriffe zurückwiesen. Sie verlangen Wiederherstellung ihrer Ehre, andernfalls wollen sie die Arbeit verlassen. Vorsteher Czeminski erklärte, das Schreiben dem Stadtverordnetenausschuß überweisen zu wollen, der zur Untersuchung der behaupteten Mißstände eingesetzt ist. Der Ausschuß habe schon eine vielstündige Sitzung gehabt, sei aber einstweilen nicht weit gekommen. Die künftige Bezirksversammlung für Schöneberg werde einen neuen Ausschuß einsetzen müssen, der die Untersuchung weiterzuführen hat.

Die Stadtverordneten nahmen Kenntnis von dem Bericht des Magistrats über die Entwicklung des Schöneberger Kleingartenwesens. Sie bewilligten 40000 M. für einen Grundstock zur Förderung des Kleingartenwesens und 270000 M. für Arbeiten auf dem Kleingartengelände, die als Notstandsarbeiten gelten und Arbeitsgelegenheit schaffen sollen. — Zur Veranstaltung einer kommunal-historischen Ausstellung, die weiten Kreisen das Schöneberg früherer Tage zeigen soll, wurden 13000 M. bewilligt. — Zur Mehrung des Wohnungsangebotes beantragte der Magistrat, für die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft die Bewilligung von 3 Millionen M., die als Baukostenzuschuß den wegen der hohen Kosten eingestellten Ausbau des neuen Bureaubaues der Gesellschaft ermöglichen sollen, wodurch die jetzt von den Bureaus der Gesellschaft in anderen Häusern benutzten Wohnräume wieder frei wür-

Das Licht der Heimat.

24] **Von August Hinrichs.**

Frau Kassen hatte eine Waschküche im Haus. Da stand sie in einer Wolke von Wasserdampf und musterte ihren Besuch, ohne die kräftigen Arme aus dem Trog zu nehmen. Meta trat dicht an sie heran und sagte, sie hätte gern in einer ernsten Sache ihre Meinung gehört. Frau Kassen warf ihr nur einen raschen Seitenblick zu und, ruhig dabei weiter waschend, sagte sie, daß sie jetzt keine Zeit hätte und daß Meta heut abend wiederkommen solle.

Meta war ärgerlich und beleidigt, aber zu Hause dachte sie: Nun gerade! Die nimmt es ernst mit ihrem Geschäft, von der kannst du am besten lernen. So ging sie abends spät noch einmal hin. Sie kam in ein nett und sauber gehaltenes Zimmer. Frau Kassen hatte gerade die Hose ihres Aeltesten vor, der nun in Unterhosen neben ihr stand und sich, so gut es ging, hinter dem Tisch zu decken versuchte. Aber er wurde hervorgezogen und mußte, so wie er war, ins Nebenzimmer.

„So" — sagte sie dann, „wenn Sie jetzt was auf dem Herzen haben, reden Sie nur. Jetzt hab ich Zeit, aber bei Tage kann ich mir das nicht leisten."

„Ich will anfangen zu waschen," sagte Meta ohne Umschweife, „und wollte Sie fragen, auf welche Weise ich am besten ein paar Kunden bekomme."

Frau Kassen nähte an ihrer Hose weiter. Endlich sah sie auf. Sie trug jetzt beim Nähen eine Brille und warf über diese hinweg Meta einen mißtrauischen Blick zu. Endlich lachte sie auf, kurz, fast spöttisch: „Und da sollte ich Ihnen wohl meine Kundschaft abtreten, was?"

„So meine ich das nicht," sagte Meta, „nur Ihren Rat wollte ich haben."

„Mein Junge hat mir schon von Ihnen erzählt. Sie sind doch die Frau Folkers — und Ihr Mann — naja, ich weiß schon, er kann die Stadtluft nicht vertragen." Meta sprang auf.

„Bleiben Sie ruhig sitzen! Meiner konnts auch nicht, er hat sich gründlich unter die Erde gelegt und war sonst die Gutmütigkeit selbst. So — und jetzt wollen Sie waschen?"

„Ja," sagte Meta, „ich muß was verdienen."

„Ich denke, Sie gingen auf Stunden."

„Ja, aber das langt nicht."

Eine Weile schwieg Frau Kassen, dann, nach einem schnellen, prüfenden Blick, begann sie vorsichtig: „Ich habe jetzt allerlei Kunden, die mir die Wäsche ins Haus bringen. Wie wäre das — wenn Sie mir hier helfen wollten — dann würde ich Sie dafür bezahlen und Sie hätten nichts mit den fremden Leuten zu tun."

Da merkte Meta, daß sie eine zähe und kluge Geschäftsfrau vor sich hatte, die sich von einer anderen nicht die Kunden abnehmen lassen wollte. Aber sie wollte auf jeden Fall selbständig sein.

„Lieber nicht," sagte sie nur. „Ich möchte selbst zu den Leuten hingehen."

„Es ist nicht so leicht, wie Sie denken — von Morgens bis Abends in einer zugigen Waschküche stehen — und dann die Hände, ich hab sie erst oft genug blutig gehabt — und dazu die Behandlung von den Leuten — es ist weiß Gott nicht leicht. Und wers nicht nötig hat —"

„Ich muß es aber," fiel Meta ihr ins Wort.

Frau Kassen sah auf und sah die fest zusammengepreßten Lippen in Metas Gesicht — sie merkte wohl, daß da außer dem Müssen auch ein Wollen war. Sie gedachte ihres eigenen schweren Anfangs, da sie ihren Mann aufgegeben hatte, der Kinder wegen, und sich allein auf ihrer Hände Arbeit verlassen mußte. Mitgefühl und Geschäftsklugheit stritten in ihrem Herzen miteinander. Endlich aber nannte sie Meta doch ein paar Kunden, an denen ihr selbst nicht viel mehr lag und die sie ohne Schaden abtreten konnte. Meta sollte sie einmal aufsuchen und es bei denen versuchen.

Soviel Entgegenkommen hatte Meta nicht einmal erwartet. Als sie am andern Tage bei allen vorgesprochen hatte, konnte sie zufrieden sein, sie hatte sofort mehrere Tage für die nächsten Wochen besetzt.

Nun mußte sie ihren Haushalt anders anfassen. Morgens in aller Frühe richtete sie das Essen für den ganzen Tag, so daß Dierk es nur warm zu machen brauchte. Sie selbst kam erst spät am Abend zurück.

Mit tapferem Herzen begann sie ihren neuen Beruf. Aber Frau Kassen hatte Recht, es war wirklich nicht leicht. Die Füße schmerzten von dem langen Stehen, der Rücken tat ihr weh; und wenn sie abends heimkam, war sie müde zum Umfallen.

Aber sie brachte jedesmal das bare Geld mit heim! Das heiße Seifenwasser griff ihre Hände an, sie umwickelte die wundgeriebenen Stellen mit altem Leinen und wusch weiter. Vor Schmerzen mußte sie oft die Zähne zusammenbeißen — aber sie hielt durch.

Die ersten Wochen waren die schlimmsten. Die besten Kunden hatte Frau Kassen nicht fortgegeben, beim einen war die Waschküche ein dunkles Loch, beim andern war das Wasser mühsam ein paar Treppen heraufzuschleppen, so gab es überall etwas, was unangenehm war.

Aber wie sie Müdigkeit, Schmerzen und wunde Hände überwand, so überwand sie auch dies. Nur sich unterkriegen lassen, sich demütigen lassen, das wollte sie nicht. Und als sie einmal in hochfahrendem Ton sehr von oben herab behandelt wurde, band sie mit einem raschen Entschluß ihre Schürze ab und ging nach Haus. Da schlug der Ton in Drohungen und Schimpfen, und als das nicht half, in Bitten und Betteln um. Aber sie hielt den Nacken steif und setzte ihren Willen durch. Und war selbst erstaunt, wie die Menschen einen festen Entschluß schließlich wider Willen achten mußten, und wie nur die Feigen, Schwachen und Demütigen von allen getreten werden.

Das gab ihr Zuversicht und Kraft. Sie selbst aber war pünktlich und zuverlässig, es dauerte nur ein paar Wochen, da hatte sie alle Tage der Woche besetzt. Nun begann sie, sich ihre Kundschaft auszusuchen und ließ die Unangenehmsten fahren. Sie war über den Berg hinüber.

Nur, daß sie die ganzen Tage von Hause abwesend sein mußte, war schmerzlich für sie. Dierk trieb sich ohne Aufsicht auf der Straße herum, und Harm rückte weiter und weiter von ihr ab. Je mehr sie verdiente, desto mehr mußte sie im Haushalt mit verbrauchen, denn Harm brachte immer weniger mit heim. Nur mit Mühe und Not konnte sie hie und wieder einen Taler in das versteckte Schächtelchen tun, es wollte und wollte sich nicht füllen.

Sie verdiente gut, aber sie hätte gern mehr gehabt, um für die Zukunft sorgen zu können. Aber wie sollte sie das anfangen, da sie doch jetzt schon tagtäglich von früh bis spät arbeitete?

Sie nahm den Sonntag zu Hilfe. Oefters hatte eine Plätterin Leute von ihrer Kundschaft im Stich gelassen, da war sie eingesprungen und hatte am Sonntag geplättet. Sie hatte nur ihren Tagelohn dafür genommen, aber sie merkte bald, daß diese Arbeit besser bezahlt würde, wenn sie nur mehr dafür verlangte. (Forts. folgt.)

den. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte schweren Herzens zu, wie ihr Redner Dr. Chajes ausführte. Die lange Debatte über diese Magistratsvorlage wurde „belebt" durch den Deutschnationalen Kunze, der sein „antikapitalistisches" Herz entdeckte gegen die Unterstützung der Gesellschaft wetterte und unter Angriffen auf den Magistrat die Notwendigkeit dieser Maßregel bestritt. Auf seinen Vorschlag, den Ausbau zu erzwingen, antwortete Oberbürgermeister Dominicus scharf: „Das verstehen Sie nicht, es gibt hier keine Möglichkeit des Zwanges." Im übrigen konnte der Oberbürgermeister mitteilen, daß der von der Stadt erbetene Zuschuß aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge ihr inzwischen zugesagt worden ist. Herrn Kunzes Bedürfnis, in dieser letzten Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung noch einmal sein Licht leuchten zu lassen, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion durch Albrecht, Kaspar und Erdmann gebührend gewürdigt. Die Vorlage wurde angenommen, ebenso ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Magistrat solle den Wohnungsverband Groß-Berlin veranlassen, alle über 300 Quadratmeter großen Geschäftsräume festzustellen und ihre Ausnutzung zu prüfen.

Nach Erledigung der Tagesordnung ergriff Oberbürgermeister Dominicus das Wort zu einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Stadt Schöneberg, die nun ein Teil der neuen Stadtgemeinde Berlin werden soll. Er rühmte die Leistungen besonders auf dem Gebiet des Schulwesens und des Gesundheitswesens, wobei er das Wirken des Stadtrats Rabenow hervorhob. Er gedachte dann der Revolutionszeit, in der die Haltung des Magistrats einwandfrei gewesen sei. Er erwähnte die langjährige Tätigkeit der ältesten Stadtverordneten und nannte als den dienstältesten unseren Genossen Obst. Dr. Schneider (Deutschnational) dankte dem Vorsteher Czeminski für die Unparteilichkeit der Leitung. (Beifall.) Vorsteher Genosse Czeminski dankte in einem Schlußwort dem Magistrat und sprach die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, auch in der künftigen Bezirksversammlung das Gemeinwohl Schönebergs zu fördern. (Beifall.)

Neuköllner Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge. Die Zahl der Neuanträge auf Erwerbslosenunterstützung ist in Neukölln in den Monaten Juli und August von 4250 auf 6410 angewachsen. Mit der erhöhten Inanspruchnahme der Fürsorge ist auch ein ebenso starker Andrang zum städtischen Arbeitsnachweis zu beobachten. Insgesamt meldeten sich in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August dort 6141 Personen beiderlei Geschlechts, um ihre Eintragung zu beantragen. Die Zahl der offenen Stellen betrug im Juli 1825, im August konnte nur noch 1209 Arbeitnehmern eine Stellung angeboten werden. An Unterstützungen zahlte die Stadtgemeinde in den beiden Monaten annähernd 2½ Millionen Mark.

Abfertigungsverkehr im städtischen Kriegsfürsorgeamt Neukölln. Mit Rücksicht auf den außerordentlich gestiegenen Publikumsverkehr in der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, der an einzelnen Tagen bereits eine Abfertigung von über 250 Antragstellern erforderte, werden die Abfertigungszeiten für den Publikumverkehr vom Freitag, den 1. Oktober ab auf Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr festgesetzt. Mittwochs und Sonnabends bleiben die Bureaus geschlossen.

Britz. Bei der Quäkerspeisung hat sich im Laufe der Zeit eine recht bedauerliche Erscheinung eingestellt. Viele Eltern haben anscheinend geglaubt, daß das Quäkeressen ein Ersatz für eine häusliche Mahlzeit sein soll. Nichts wäre so falsch und so unrecht, wie diese Auffassung. Die Quäkermission weist immer wieder darauf hin, daß nur dann die Speisung Erfolg an den Kindern haben kann, wenn durch sie keine andere häusliche Mahlzeit verdrängt wird. Die Eltern mögen also auf diesen Umstand Obacht geben und in Zukunft den an der Quäkerspeisung teilnehmenden Kindern keine häuslichen Mahlzeiten vorenthalten.

Der Moralunterricht in Reinickendorf. Nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Reinickendorfer Lehrer für Moralunterricht bereits zwei aufklärende Vorträge veranstaltet hat, findet der dritte Vortrag dieser Art am Mittwoch, den 29. September, in der Aula der 1. Gemeindeschule und am 30. September in der Aula der 5. Schule statt. Beginn 7½ Uhr. Lehrer Meiser wird das Thema: „Die weltliche Schule" vom pädagogischen Standpunkt aus behandeln. Eltern und Erzieher sind eingeladen.

Sarrasani bei Busch. Vor ausverkauftem Hause wickelte sich am Sonnabendabend erstmalig das glänzende Programm des Zirkus Sarrasani im Buschgebäude ab. Eingeleitet wurde der Abend durch eine nichtendenwollende Prozession all der zweibeinigen und vierbeinigen Künstler, die nach Berlin gekommen sind, um ein wirklich erstklassiges Können zu zeigen. Wenn man bedenkt, daß sämtliche Pferde des Zirkus während des Krieges ebenso wie die Elefanten, Kamele und Zebras schwere Arbeit leisten mußten, so erscheinen deren Leistungen noch um so bewundernswürdiger. Alle Tiere sind in der denkbar besten Verfassung und fesseln das Publikum von der ersten bis zur letzten Minute. Besonderes Aufsehen erregen die 14 indischen Riesenelefanten, die als Akrobaten und Artisten ein Höchstmaß von Dressur zeigen. Nicht weniger interessant ist das exotische Potpourri. Kamele, Dromedare, sibirische Trampeltiere, Zebras und Zebroiden vereinigen sich in ihm mit dem ersten dressierten Nilpferd. Ueber alles Lob erhaben sind die Pferdedressuren. Aber nicht nur die Vierfüßler kommen zu Worte. Eine angenehme Abwechslung bieten Artisten, ein russischer Sängerchor, der seine schwermütigen Weisen singt, eine ganze Gesellschaft Sudanneger, die sich in ihren heimischen Tanzkünsten produzieren. Aber auch das Sarrasani-Ballett kann sich sehen lassen. Dazwischen fehlt es nicht an lustigen Episoden, hervorgerufen von den nun einmal zum Zirkus gehörenden Spaßmachern. Es würde zu weit führen, alles das aufzuführen, was der Gast des Zirkus Busch zeigt. Alles in allem kann man aber ohne Uebertreibung sagen, daß die Leistungen einzig in ihrer Art dastehen, zum größten Teil für Berlin Neuheiten sind und in Verbindung mit niedrigen Eintrittspreisen der Direktion die Sorge um den Erfolg abnehmen werden.

Das Theater „Folies Caprice" in der Friedrichstraße amüsiert sein Publikum mit drei Einaktern, wie sie an dieser Stelle geliebt und gepflegt werden. „Eine unruhige Nacht" enthält die Schlafwandlerexkursionen eines Ehemannes und ist selbst für dieses Theater allzu skrupellos in der Wahl der Mittel. „Leas Ohnmacht" ist ein amüsantes Intermezzo von der Verführung eines Gerichtsvollziehers, der ganz vorzüglich und in einer hier ungewohnten Charakteristik von Georg Erich Schmidt dargestellt wird. „Versicherung gegen Ehebruch" bildet in der Verwirrung aller möglichen Tollheiten den Höhepunkt des Programms. Zu nennen ist als Meister der Jargonrollen vor allem Ferdinand Grünecker und als prachtvoller Typ in ihrer burlesken Art Marie Grünecker-Jolly. K.

Einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 M. sollen aus der unter Verwaltung der städtischen Stiftungsdeputation stehenden Jakob-Zeitler-Stiftung an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) und auch andere Handwerker, Meister und Gesellen vergeben werden, welche sich in Geldverlegenheit befinden. (Siehe Inserat in der vorliegenden Ausgabe.)

Eine Neuerung auf dem Gebiete des wissenschaftlichen Films wird am Mittwoch, den 6. Oktober, auf der Tagung der Entschiedenen Schulreformer vorgeführt werden. Man wird dort die psychologischen Methoden der Menschenökonomie und Produktionssteigerung zeigen. Neben Veranschaulichungen des Taylorsystems stehen wichtige Themen wie Ermüdungsbekämpfung durch Uebung der einfachsten Bewegung und Betriebsauslese der Tauglichen im Mittelpunkt. Die Vorführung findet in der Festhalle Lankwitz, vormittags 12 Uhr, als Abschluß der öffentlichen Sitzungen statt. Ausführliche Programme zur ganzen Tagung durch Dr. Franz L. Müller, Berlin-Lankwitz, Gluckstr. 11.

Die Volkshochschule der Gemeinden des 17. Bezirks der neuen Stadtgemeinde (Berlin-Lichtenberg—Friedrichsfelde-Karlshorst—Biesdorf—Kaulsdorf — Mahlsdorf — Marzahn — Hellersdorf) hat ihr Vorlesungsverzeichnis für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1920 herausgegeben. Lehrstätten sind: Reform-Realgymnasium, Cecilien-Lyzeum und Jahn-Realgymnasium in Lichtenberg und das Kant-Realgymnasium in Friedrichsfelde-Karlshorst. Unentgeltliche Vorlesungsverzeichnisse, die genaue Angaben über die Veranstaltungen und Anmeldungskarten enthalten, sind u. a. in sämtlichen Lichtenberger und Friedrichsfelder Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, des Beamten-Wirtschaftsvereins und bei den Gemeindeverwaltungsstellen in Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn, Hellersdorf und Stralau zu haben.

Sprachheilkurse. Auch im Winterhalbjahre werden an der Städtischen Fortbildungsschule für Schwerhörige und Ertaubte, Markusstr. 49, Heilkurse für sprachleidende Fortbildungsschüler und Erwachsene beiderlei Geschlechts unter Leitung bewährter Fachmänner abgehalten. Dieselben finden statt: Montag, Mittwoch, Freitag, abends 7—9 Uhr. Beginn der Kurse am Mittwoch, den 6. Oktober. Meldungen nimmt entgegen Herr Direktor Schorsch, Dienstag und Donnerstag zwischen 5 und 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteifunktionäre!

Freitag, 1. Oktober, abends 6 Uhr, findet im „Deutschen Hof", Luckauer Straße 15, eine Allgemeine Funktionärkonferenz statt, in der Stellung zu den Berliner Kommunalvorgängen genommen werden soll. Wir bitten, an diesem Tage von anderen Veranstaltungen abzusehen.

Der Bezirksvorstand.

Heute, 28. September.

Kreis Friedrichshain. Vorstandssitzung 7 Uhr bei Schickert, Rüdersdorfer Str. 3.

Jungsozialistisch Vereinigung (S.P.D.). Lichtenberg. 7 Uhr bei Schlenkich, Simplonstr. 42, Vortrag über Frauenfragen. Tempelhof. 7 Uhr bei Bole, Werder-, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, Leseabend.

Weißensee. 7 Uhr Lokal Stärke, Charlottenburger Straße 3, Kreisversammlung. Die auf der letzten Generalversammlung gewählten Delegierten, die Mitglieder des engeren Vorstandes und die Mitglieder der Fraktion sind hierzu eingeladen. Referent Häusler.

Buch. Oeffentliche Volksversammlung 7½ Uhr im Lokal von Göpfert. Thema: Sozialismus und Bolschewismus. Referent: Gen. Dr. Zechlin.

Bezirk Woltersdorf. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im Lokal „Zum Dampfboot".

Karow b. Berlin. 8 Uhr bei Berndt, Dorfstr. 41, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Kreisvertreterversammlung und Organisationsfragen.

Morgen, 29. September:

13. Abt. 7 Uhr Zahlabend bei Steinke, Ritterstr. 115, Mieszodzianl, Brandenburgstr. 54, Jonéleit, Alexandrinenstr. 134.

Alte 15. Abt. Abends 8 Uhr bei Grohe, Blumenstr. 88, Sitzung der Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte. Aussprache über die Neueinteilung der 15. Abteilung, Abrechnung der Funktionäre, die zur 16. Abteilung übergehen.

25. (neue) Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24. Bericht vom Bezirkstag, Wahl der Abteilungsleitung usw.

40. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Priller, Berlichingenstr. 7.

Wahlkreis Hallesches Tor. ½8 Uhr bei Drogge, Dieffenbachstr. 57, Vorstandssitzung.

Friedenau und Friedenauer Ortsteil von Schöneberg. Oeffentliche Versammlung der S.P.D. im Bürgersaal des Friedenauer Rathauses. Gen. Heinrich Ströbel spricht über „Moskau und die Unabhängigen". Vollzähliges Erscheinen aller Genossen wird erwartet.

Niederschönhausen. 7½ Uhr Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins in den Wilhelmshallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 64. Vortrag des Gen. Breuer über Sozialismus und Bolschewismus. Eingeführte Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 28. September:

Charlottenburg. Rosinenstraße 4, Volkshaus, Vortrag: „Wilhelm Liebknecht". — **Moabit.** Schule Waldenserstraße 21, Diskussionsabend: „Erfurter Programm".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie. (Ortsbezirk Neukölln.) Heute, abends ½8 Uhr, im Lokal vorm. Balewski, Jarstraße, Ecke Boddinstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Zur Lage". Gen. Reslich und Ciupalski. 2. Antrag auf Auflösung des Bezirks. 3. Verschiedenes.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. (Ortsgruppe Steglitz.) Heute ½8 Uhr in der Aula Heesestraße: Ordentliche Mitgliederversammlung. Referat des Bundesvorsitzenden. — **Gemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten Charlottenburgs** veranstaltet heute abend 7½ Uhr eine Große Versammlung in der Aula der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstr. 125/127. Tagesordnung: Beamtenräte und Beamtenrecht. Referent: Landrichter Ruben. — **„Arbeiterschaft und Völkerbund".** Ueber dieses Thema spricht heute abend 8 Uhr im Restaurant von Dorn, Friedrichsfelde, Prinzenallee 35, Dr. Gumbel vom Bund Neues Vaterland in einer Versammlung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Völkerbundsvorschläge des Grafen Harry Keßler. — **Rhetorischer Verein Berlin.** Heute abend 7½ Uhr in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstagsufer 6: Vortrag von Dr. Hompf über: Form, Quelle und Zweck der freien Rede. Eintritt 1 M.

Soziales.

Die Gemeinwirtschaft im Baugewerbe.

Am 16. September ist in Hamburg der Verband sozialer Baubetriebe gegründet worden. Seine Aufgabe soll die Gründung und Förderung gemeinwirtschaftlicher, genossenschaftlicher und sonst nicht auf privatkapitalistischer Grundlage tätiger Baubetriebe sowie ihre Vertretung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften: Reich, Staat und Gemeinden sein. Der Verband hat die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung; als Gründer treten die Verbände der Bauarbeiter, Steinsetzer, Maschinisten und Heizer, Fabrikarbeiter, Maler, Töpfer, Dachdecker, Asphalteure und Zimmerer sowie der Bund der technischen Angestellten und Beamten auf. Außerdem nahmen als vorläufige Vertretung der etwa 100 bestehenden sozialen Baubetriebe 18 solcher Betriebe aus allen Gegenden Deutschlands an der Gründungsversammlung teil. Diese Betriebe sollen jedoch nicht dauernd Gesellschafter des Verbandes bleiben, sondern nur Platzhalter für die später zu gründenden Bezirks- oder Provinzialverbände sein.

Das Gesellschaftskapital des Verbandes beträgt einstweilen 5 Millionen Mark, wovon der größte Teil (rund 4¼ Millionen) vom Deutschen Bauarbeiterverband gezeichnet worden ist. Der Fabrikarbeiterverband als Vertretung der Arbeiter in den Baustoffbetrieben hat 300 000 M., der Malerverband und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 M. zur Verfügung gestellt. Die anderen beteiligten Verbände und die einzelnen sozialen Baubetriebe haben sich mit geringeren Summen bis herab zu 1000 M. beteiligt. Jedoch haben mehrere Verbände eine höhere Beteiligung in Aussicht gestellt, sobald sich ihre Generalversammlungen bzw. Verbandstage mit der Frage befaßt haben. Einige andere Verbände, die sich ohne vorherige Zustimmung ihrer Generalversammlung an der Gründung nicht beteiligen konnten, haben ihre spätere Beteiligung in Aussicht gestellt.

Der Verband sozialer Baubetriebe soll eine durchaus gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Körperschaft sein. Er soll nur Baubetriebe gründen und fördern helfen, die selbst gemeinnützig und von dem Grundsatz geleitet sind, möglichst gute und billige Bauten für die Allgemeinheit herzustellen. Diesem Zweck ist auch durch die Bestimmungen über die Verwendung des Geschäftsgewinnes im Gesellschaftsvertrage Rechnung getragen. Von einem etwaigen Geschäftsgewinn sind zunächst 10 Proz. in eine Rücklage so lange einzustellen, bis diese die Höhe von 20 Proz. des Stammkapitals erreicht hat. Von dem alsdann verbleibenden Rest werden bis 10 Proz. nach Beschluß des Aufsichtsrates zum Wohle der Angestellten verwendet. Der schließlich verbleibende Rest fließt in eine außerordentliche Rücklage zur Verstärkung der Betriebsmittel. Im Falle der Auflösung des Verbandes haben die Gesellschafter nur den Nennwert des eingezahlten Kapitals zurückzufordern. Der etwaige Ueberschuß muß zu gemeinnützigen Wohnungsfürsorgezwecken verwendet werden und fällt mit dieser Bestimmung der dafür zuständigen Reichsstelle zu.

Die Organe des Verbandes sozialer Baubetriebe sind: a) die Geschäftsführer, b) der Aufsichtsrat, c) der Beirat, d) die Generalversammlung. Als erster Geschäftsführer des Verbandes wurde der bisherige Schöneberger Stadtbaurat Dr. Ing. Martin Wagner, als weitere, vorläufig ehrenamtlich tätige Geschäftsführer der Leiter der „Bauhütte", Soziale Baugesellschaft m. b. H. in Berlin, Thielike, und der Genosse A. Ellinger in Hamburg gewählt. Letzterer soll insbesondere zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und den beteiligten Gewerkschaften die Verbindung aufrechterhalten. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Fritz Paeplow, sein Stellvertreter der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse August Brey. Der Beirat besteht neben den Geschäftsführern aus 10 Mitgliedern, er ist ausschließlich aus Vertretern sozialer Baubetriebe entnommen.

Mit der Gründung des Verbandes sozialer Bautriebe sind die Vorarbeiten abgeschlossen, die im Februar dieses Jahres auf der Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe in Hamburg zur Zusammenfassung der bestehenden sozialen Baubetriebe und zur einheitlichen und tatkräftigen Förderung der baugewerblichen Sozialisierung eingeleitet worden sind. Der neue Verband soll zum Träger der gesamten baugewerblichen Sozialisierung werden. Sein Ziel ist die Einführung der Gemeinwirtschaft im Baugewerbe durch die Ueberführung der gesamten baugewerblichen Produktionsmittel in die Hand von Selbstverwaltungskörperschaften aus Kopf- und Handarbeitern unter dem Mandat von Staat und Gemeinden die Verbilligung der Bauten durch Steigerung des Arbeitsertrages und Ausschaltung der privaten Unternehmergewinne, die Schaffung sozialen Kapitals. Wir erwarten angesichts der hohen gemeinwirtschaftlichen Ziele des Verbandes seine tatkräftige Unterstützung durch Reich, Länder und Gemeinden.

Sport.

Die sportlichen Wettkämpfe der Freien Turnerschaft Berlin am Sonntag wurden mit Gesang und gut wirkenden Freiübungen eröffnet. Dann begannen die Wettkämpfe der Männer, Frauen und Jugendlichen im Weitsprung, Dreisprung, Kugelstoßen und 100- bzw. 75-Meter-Lauf. Auch die älteren Turner über 35 Jahre stellten eine Riege und zeigten, daß selbst in den vierziger Jahren noch ganz gute Resultate erzielt werden können. Den Abschluß bildete ein Fußballspiel der 1. Männerabteilung gegen Fußballklub Union. Letzterer war infolge seiner jüngeren und flinken Spieler gegenüber der älteren Mannschaft der Fr. Turnerschaft Berlin sehr im Vorteil. Die schwache Stürmerreihe der Fr. Turnerschaft Berlin konnte gegen die gute Verteidigung der Union nicht aufkommen und vermochte kein Tor zu erzielen. Die Verteidigung der Fr. Turnerschaft Berlin kam wiederholt in Bedrängnis und mußte Union vier Tore überlassen. Trotz oftmaliger Schärfe wurde das Spiel korrekt durchgeführt.

Resultate. Altersriege: Garz, 4., 61 P.; Kaul, 1., 57 P.; Papist, 4., 44 P.; Sternberg, 1., 40 P.; Fuhrmeister, 1., 31 P. — Männer: Löschke, 1., 41 P.; List, 1., 36 P.; Drunkel, 3., 35 P.; Geist R., 1., 34 P.; Strehlow, 1., 33 P. — Jugend: Lewi, 3., 44 P.; Kniebel, 2., 42 P.; Rogart, 1., 41 P.; Lewand, 3., 41 P.; Jude, 3., 35 P. — Frauen: Schau, 3., 41 P.; Schmidt, 3., 37 P.; Gehring, 8., 37 P.; Strempel, 1., 36 P.; Schaaf, 3., 34 P. — 4×100-Meter-Stafette: 1. Männer-Abt. 56 Sek., 3. Männer-Abt. 56 4/5 Sek., 3. Jugend-Abt. 57 4/5 Sek., 1. Jugend-Abt. 62 4/5 Sek., 3. Frauen-Abt. 68 Sek., 1. Frauen-Abt. 70 4/5 Sek. — Stafette 10×50 Meter: 3. Frauen-Abt. 89 4/5 Sek., 1. Frauen-Abt. 90 4/5 Sek. — Beste Einzelresultate: 100-Meter-Lauf: Gilsbock, 1., 13 Sek.; Dreisprung: Loeschke, 1., 11,25 Meter; Weitsprung: Kohl, 3., 5 Meter; Kugelstoßen: Geist, 1., 7,95 Meter.

Dauerrudern des Freien Ruderbundes Berlin. Am Sonntag vormittag stellten sich die Mannschaften der Berliner Arbeiterrudervereine zur Prüfung über die dem Wanderruderer besser liegende lange Strecke. Und man kann sagen, daß die meisten der Mannschaften die 17 Kilometer in guter Verfassung durchfahren haben. Zu wünschen wäre allerdings noch eine allgemeinere Beteiligung, besonders bei dem größten der Vereine, dem „Vorwärts", der diesmal nur zwei von den gefahrenen sechs Rennen gewann, während die anderen vier Siege den kleineren Vereinen zufielen. Falsche Bescheidenheit und Scheu vor der zum ersten Male wieder „friedensmäßigen" langen Strecke hielt wohl manchen zurück, der bei einer Beteiligung vielleicht recht gut abgeschnitten hätte. Gleichfalls zwei Siege hat die Privatruder-Vereinigung „Ruderfreunde", die den Doppelzweier für alte Herren und den Doppelzweier ohne Steuermann gewann. „Collegia" und „Freie Rudervereinigung 1913" errangen je einen Sieg. Nachstehend die Resultate:

Doppelzweier mit Steuermann (Mindestalter 35 J.): 1. Priv.-R.-V. Ruderfreunde, Noack, Lange, St. Löffler, in 87 : 35 Min.; 2. Rvg. 1913. — Einer ohne Steuermann: 1. Rvg. 1913, Sault, in 92 : 34 Min.; 2. Freiheit. — Doppelzweier ohne Steuermann: 1. Priv.-Rvg. Ruderfreunde, Riemer, Mikat, in 80 : 27 Min.; 2. Pichelsberger R.-G. — Zweiter Vierer: 1. R.-V. Collegia, Wolf, Ziegenbalg, Garbow I u. II, St. Rost, in 74 : 47 Min.; 2. R.-V. Vorwärts, Schramm, Hohfeld, Keste, Müller, St. Mayer, in 74 : 58 Min.; 3. R.-V. Freiheit. Sieben Boote im Rennen. — Doppelvierer: 1. R.-V. Vorwärts, Juppe, Lowe, Pelsker, Bettin, St. R. Wolff, in 71 : 29 Min.; 2. Collegia, King, Schulz, Nawrott, Brünnel, St. Müller, in 74 : 14 Min.; 3. R.-V. Freiheit. — Erster Vierer: 1. R.-V. Vorwärts, R. Scharffschwerdt, Alfier, E. Richter, R. Scharffschwerdt, St. Kitzner, in 72 : 22. 2. Vorwärts, Gleißberg, Lehmann, Bach, Michel, St. Palm, 73 : 20 Min.; 3. Fr. Rvg. 1913.

Rennen zu Karlshorst. 1. Immergrün-Jagdrennen. Preise 16 000 M. Distanz 3000 Meter. 1. Kiefer (Kränzlein). 2. Irene (Thielau). 3. Toni (E. Lüneberger). Ferner liefen: Rosenborn (4.), Offensive, Trschocha, Propulsor, Mirakel, Poesie, Mondsichel, Notbremse (gef.). Toto: Sieg 40:10, Platz 14, 18, 16:10. — 2. Ehrengard-Hürdenrennen. Preise 30 000 M. Distanz 3000 Meter. 1. Wehrpflicht (Wegener). 2. Oceana (Schuldt). 3. Döberitz (Edler). Ferner liefen: Laubfrosch (4.), Grotte, Hugomatzond, Erstling (ausgebr.). Toto: Sieg 75:10, Platz 21, 21, 22:10. — 3. Preis von Charlottenhof. Ehrenpreis und 18 000 M. Distanz 3400 Meter. 1. Ophelia (Herr v. Herder). 2. Märchen (Herr v. Keller). 3. Ucas (Herr v. Krüger). Ferner liefen: Rotbart (4.), Rusa (angeh.). Toto: Sieg 14:10, Platz 11, 12:10. — 4. Großer Preis von Karlshorst. Ehrenpreis und 115 000 M. Distanz 6500 Meter. 1. Eiders Glorie (Bismark). 2. Carlsmünde (Dybr). 3. Eichwald (W. Müller). Ferner liefen: Sabine (4.), Freilauf, Waldfrieden, Feierabend, Artilleriefeuer, Humbing (gef.), Pillas (gef.), Osiry (gef.). Toto: Sieg 40:10, Platz 17, 24, 29:10. — 5. Preis von Grünau. 24 000 M. Distanz 3600 Meter. 1. Bimbam (Bismark). 2. Waereghem (E. Lüneberger). 3. Satrap (Herr v. Keller). Ferner liefen: Landrat (4.), Radiola (gef.), Lauscherin (gef.). Toto: Sieg 40:10, Platz 24, 38:10. — 6. Vorwerk-Jagdrennen. Ehrenpreis und 16 000 M. Distanz 3600 Meter. 1. Wetterscheide (Herr Krüger). 2. Carlo (Herr R. v. Westernhagen). 3. Bathseba (Herr R. Hilgendorff). Ferner liefen: Marc Aurel (4.), Callisto, Sandale, Prärie II, Irene II (angeh.), Mara (gef.), Olimpia, Darling (gef.). Toto: Sieg 37:10, Platz 18, 26, 41:10. — 7. Preis von Müncheberg. 18 000 M. Distanz 2000 Meter. 1. Findoge (H. Lewicki). 2. Scala (Neumann). 3. Landratte (Tarras). Ferner liefen: Gondler (4.), Iffland, Schakal. Toto: Sieg 53:10, Platz 25, 25:10.

Strafanträge im Weißensee-Prozeß.

Im Kommunistenprozeß bekundete der Zeuge Bassin weiter: Mir selbst wurden eines Tages auf der Straße von einem Unbekannten „Bleistifte" (Revolver) angeboten. Auch in dem Verkehrslokal der U. S. P. D. habe eines Tages ein Mann versucht, ein Paket mit Waffen abzugeben.

Mehrere Zeugen, welche bekräftigen sollen, daß Angell. Liebs bei dem Zusammenstoß mit den Gutswächtern an der Rennbahn nicht zugegen gewesen sein konnte, bestätigen diese Behauptung. Die den Wächtern abgenommenen Gewehre wurden später in der Wohnung des L., unter dem Bett versteckt, wiedergefunden. Liebs behauptet, daß sie von einem Unbekannten, vielleicht auch von einem Spitzel, in seine Wohnung gebracht worden seien.

Es wird hierauf nochmals Kriminaloberwachtmeister Schiller vernommen, nachdem ihm von dem Polizeipräsidenten die Genehmigung zur Aussage über die angebliche Beteiligung von Lockspitzeln erteilt worden war. Er erklärt, ihm sei nicht bekannt, daß in der vorliegenden Sache in irgendeiner Form Lockspitzel tätig gewesen seien. Er müßte, wenn dies der Fall sein würde, dies auch erfahren haben. — Rechtsanwalt Fränkl: Ist dem Zeugen der Name eines Spitzels Reuter bekannt geworden? — Zeuge: Nein. — Justizrat Fränkl: Ist Ihnen der Name eines Spitzels Grolla oder Galrand oder so ähnlich bekannt geworden? — Zeuge: Nein, ich habe den Namen Reuter hier erst in der Verhandlung gehört. — Justizrat Broh: Vielleicht hat der Zeuge doch nicht so die Fäden der Ermittlung in der Hand gehabt und weiß deshalb nichts. Ist dem Zeugen bekannt, daß von Spitzeln versucht worden ist, den Gruppenlokalen oder Anhängern der K.A.P.D. Waffen zuzuschieben? — Zeuge: Nein.

Bäckermeister Emil Schubert, Galvanistraße, ist Bezirksführer der Kommunisten und bekundet, daß seinerzeit

zur Abwehr des Kapp-Putsches eine rote Armee

gebildet worden war, die nach Beendigung des Putsches sofort wieder aufgelöst worden sei. Es wurden dann die Sportabteilungen gegründet, die aber, als sie, besonders in Weißensee, zu sehr bespitzelt wurden, im April wieder aufgelöst wurden. — Vors.: Die Möglichkeit, daß aber trotz der Auflösung Leute im stillen die Verbindung aufrechterhalten haben, besteht? — Zeuge: Das ist dann natürlich eine reine Privatsache der Betreffenden. Das kann ja jeder machen wie er will, wenn es ihm Spaß macht. In der Parteileitung ist jedenfalls von dem Bestehen einer bewaffneten „R. O." nichts bekannt.

Großer Krach.

Nach der Mittagspause erhob sich Rechtsanwalt Dr. Lamp zu folgender Erklärung: Ich möchte hier von einem schweren Vergehen **des Vorsitzenden** Mitteilung machen, das mich zu einer

Ablehnung des Vorsitzenden

wegen begründeter Befangenheit veranlaßt. (Sehr erregt): Ich hoffe, daß ein Ruf der Entrüstung sich aus diesem Saale fortpflanzen wird in alle Welt, in der man noch Gefühl für Gerechtigkeit hat. Das Gericht hatte zu Beginn dieser Verhandlung beschlossen, die Ausarbeitungen, die den Richtern über diesen Fall vom Staatsanwalt überreicht worden waren, nicht zu benutzen, nachdem nur flüchtig davon Kenntnis genommen war. Die 24 Arbeiter auf der Anklagebank haben dieser Versicherung des Gerichts Vertrauen geschenkt. Ich hatte allerdings damals gleich Mißtrauen und erklärte, daß es besser sei, diese Schriftstücke dem Anklagevertreter zurückzugeben. Das ist abgelehnt worden. Jetzt habe ich nun festgestellt, daß diese 24 Arbeiter von drei Männern im Talar und zweien in Uniform **belogen** und **betrogen** worden sind, denn das heilige Versprechen, das man ihnen gegeben hat, ist gebrochen worden. Einundsiebenzig Anmerkungen sind vom Vorsitzenden an den Rand dieses Aktenstückes gemacht worden. Nach Feststellung dieser Tatsachen glaube ich dem Vorsitzenden nicht mehr, daß er von diesen Akten nicht Gebrauch machen wird. (Fast schreiend): Ich glaube Ihnen nicht mehr, Herr Vorsitzender, ich glaube, daß Sie **voreingenommen** sind und ich lehne Sie wegen Befangenheit ab!

Vors.: Aber ich verstehe Sie gar nicht, Herr Rechtsanwalt, das sind ja nur meine persönlichen Notizen und, wie sich jeder überzeugen kann, habe ich nur die Seitenzahlen der Akten, auf denen sich die Personalien befinden, den Tag ihrer Haftentlassung durch das Gericht, sonst nichts, darauf notiert. Das Aktenstück selbst ist gar nicht benutzt worden. Ich habe das Aktenstück ganz achtlos hier auf dem Tisch liegen lassen und infolgedessen konnte Herr Dr. Lamp in der Pause auch Einsicht darin nehmen. — Dr. Lamp: Das ist ja gerade der Fehler unserer Justiz, daß alles glatt auf glatt geredet wird, daß man nicht mit der Schlichtheit und Einfachheit spricht, wie sie

in unserem Rätesystem

zum Ausdruck kommt. Von unten herauf muß die Erneuerung kommen, auch in unserer **verrotteten Justiz.** — Vors. (sehr scharf): Ich verbitte mir solche Ausdrücke. — Rechtsanwalt Dr. Lamp (schreiend): **Sie haben Ihr Wort gebrochen!** — Vors. (unterbrechend): Ich muß das zurückweisen, hören Sie jetzt endlich auf damit, das gehört sich nicht. Ich muß das ganz entschieden ablehnen. — Rechtsanwalt Dr. Lamp: Sie sind abgelehnt! Und zwar wegen Befangenheit! In der Mittagspause habe ich dieses ungeheuerliche Vergehen festgestellt. — Vors.: Unterlassen Sie solche Ausdrücke! Von einem ungeheuerlichen Vergehen ist gar keine Rede. — Rechtsanwalt Lamp (schreiend): Sie sind abgelehnt! — Vors.: Das geht ja jetzt gar nicht. — Rechtsanwalt Lamp: Sie sind sich ja gar nicht bewußt, wie ungeheuerlich Sie gehandelt haben. — Vors.: Aber so lassen Sie sich doch sagen, ich habe das Aktenstück gar nicht benutzt. — Rechtsanwalt Lamp: Das war ja Ihr Leitfaden bei der ganzen Vernehmung. Und von dem geheimen Aktenstück müssen Sie auch Kenntnis gehabt haben. — Vors.: Ich weiß nichts von geheimen Akten. — Rechtsanwalt Lamp (höhnisch lachend): Ja, das können Sie ja jetzt wohl sagen, aber **wer einmal lügt,** dem glaubt man nicht. — Vors. (sehr laut und scharf): Herr Rechtsanwalt, Ihr Benehmen ist vollkommen ungehörig. — Rechtsanwalt Dr. Lamp (unterbrechend): Nein, was Sie machen, ist ungehörig. — Dr. Lamp will noch weiter sprechen, wird aber vom Vorsitzenden, der ihm an Stimmkraft überlegen ist, unterbrochen und zur Ruhe verwiesen.

Nach kurzer Beratung über den Antrag auf Ablehnung des Vorsitzenden lehnt das Gericht die **Beschlußfassung** darüber ab, da er jetzt nicht mehr gestellt werden kann. Der Vorsitzende betont dann weiter, jeder **vernünftige** Mensch müsse einsehen, daß hier nur eine äußerliche Benutzung des Aktenstückes vorliege. Er könne die amtliche Erklärung abgeben, daß er von dem sachlichen Inhalt des Schriftstückes keine Kenntnis genommen habe. Mit aller Entschiedenheit müsse er die höchst ungehörigen Ausführungen des Verteidigers, die bisher in einem Gerichtssaal unerhört gewesen seien, zurückweisen. — Nach einer nochmaligen kurzen Vernehmung des Bäckermeisters Schubert, in der nichts Wesentliches mehr zur Sprache kommt, wird die

Beweisaufnahme geschlossen

und der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Rammin ergreift das Wort zu seinem Plädoyer. Er erklärt, daß der

Umfall des Hauptzeugen Voß

zwar an und für sich ungewöhnlich sei. Für geistig unzurechnungsfähig könne er ihn jedoch nicht halten. Die Angeklagten sind vielleicht alle krank: Sie leiden unter demselben Uebel, das uns alle hier befallen hat, sie kranken an der Politik. Dieses Zuviel der Politik, das in den letzten Jahren auf uns eingestürmt ist, hat auch die Angeklagten verführt, gegen das Gesetz zu handeln. Der Staatsanwalt beantragte dann

gegen Liebs 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Dolny 1 Jahr Gefängnis, Filinsky 1 Jahr Gefängnis, Falk 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Voß 1 Jahr Gefängnis, General 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Beobachtung seines Geisteszustandes im Irrenhause, Wrba 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, P. Franz 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen den Gastwirt Dröger wegen Beihilfe 6 Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Michaelis, als intellektuellen Urheber des Vergehens und Begründer der Kampforganisation 2 Jahre Zuchthaus. Dagegen beantragte der Staatsanwalt für die Angeklagten Kaap, Schulz, Mehlberg, Götz, Stern, Winter, Burkert, Pfeiffer, Behlow, Dochow, David und E. Franz Freisprechung.

Justizrat Broh führt in seinem Plädoyer aus, daß die Angeklagten keine Mörder seien, aber wenn sie als solche vor diesem Ausnahmegericht ständen, dann hätten sie die größte Aussicht, freigesprochen zu werden, wie es ja der Prozeß gegen die Mörder Liebknechts, der 29 Matrosen und des Gardefüsiliers Helmhake gezeigt hätten. Der Verteidiger appelliert an die Richter, noch in letzter Minute ihre Mitarbeit bei diesem Ausnahmegericht zu verweigern, und beschäftigte sich dann mit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920. Dazu sagt Justizrat Broh u. a.: Herr Ebert bildet sich ein, daß er der Lenker des Staates ist, während er in Wirklichkeit nur der Kutscher des Staatswagens ist, in dessen Fond die Großkapitalisten, wie Stinnes und die Deutsche Bank, sitzen. Ebert fährt sie spazieren und bildet sich dabei ein, er sei ihr Führer. — Trotz aller Mahnungen, sachlich zu bleiben, ließ sich der Redner nicht beirren. Er fuhr fort, ich möchte den Richtern nahelegen, daß sie diese Schlampereien des Herrn Ebert, wie diese Verordnung, nicht mit ihrer richterlichen Autorität stützen. Ueber Herrn Ebert wird ja die Weltgeschichte bald zur Tagesordnung übergehen, wenn er erst seiner Kutscherwürde entkleidet dasteht. Vorsitzender (unterbrechend): Ich bitte zur Sache; wir sind hier

nicht in einer politischen Versammlung.

Justizrat Broh: Herr Landgerichtsdirektor, es wäre besser, wenn Sie meine Ausführungen in sich aufnähmen. — Der Verteidiger sprach dann von der ungeheuren Kluft zwischen Richtern und Angeklagten. Jene seien den letzteren genau so Fremdlinge, wie die Franzosen im Jahre 1813 den Anhängern Jahns und den übrigen Deutschnationalen. Als der Vorsitzende gegen den Ausspruch „Fremdlinge" protestierte, rief Rechtsanwalt Dr. Lamp höhnisch dazwischen: „Ja, das ist Ihnen was Neues!" Die Ausführungen Brohs erlitten dann eine längere Unterbrechung, als dieser davon sprach, daß die Polizeibeamten die Angeklagten wie Tiere in einem Käfig behandelt hätten, daß die Vernehmungsprotokolle Ekel erregten, weil sie auf ekelhafte Weise zustande gekommen seien. Bei diesen Worten erhob sich der Staatsanwalt und beantragt gegen Justizrat Broh wegen Verletzung der Ehre der Polizeibeamten eine

Ordnungsstrafe von 100 Mark.

Nach längerer Beratung beschloß der Gerichtshof, dem Verteidiger diese Strafe aufzuerlegen, und zwar sowohl für die beleidigenden Ausdrücke über den Reichspräsidenten wie für die über die Polizeibeamten. Justizrat Broh äußerte auf diesen Beschluß, daß er die Auferlegung einer Geldstrafe mitten in seinem Plädoyer als unzulässig und **taktlos** bezeichnen müsse. Für diesen Ausspruch beantragte der Staatsanwalt sofort eine

neue Ordnungsstrafe

von 100 Mark. Das Gericht gab diesem Antrage statt, mit der Begründung, daß er mit **äußerster Langmut und ungeheurer Geduld** eine Woche lang die Anwürfe der Verteidigung ertragen habe, jetzt aber, nachdem diese auch **Außenstehende** beleidigen, Anlaß zum Einschreiten habe. Broh nahm das mit der Bemerkung auf, er wisse, daß ein Beamter den anderen schütze, ganz gleich, ob dieser Reichspräsident oder Polizeibeamter sei.

Nach den bis in die neunte Abendstunde sich ausdehnenden Plädoyers der Verteidiger Böhnheim, Dr. Weinberg und Lamp vertagt der Vorsitzende die Beratung des Gerichts über das zu fällende Urteil auf Dienstag 9½ Uhr.

Aus aller Welt.

Weißenseeprozeß.

Kinder
Abenteurer
Provokateure
Denunzianten.

Das Kanaltunnelprojekt gescheitert. Der Plan einer Verbindung Englands und Frankreichs durch eine Untertunnelung des Kanals kann für absehbare Zeit als gescheitert betrachtet werden. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist nämlich die zur Ausarbeitung der Tunnelpläne gebildete englische Militärkommission aufgelöst worden und damit die Inangriffnahme des bedeutsamen Werkes fürs erste aufgegeben.

Sieben Arbeiter bei einer Explosion getötet. Bei einer Explosion an Bord einer mit Oel beladenen Barke im Kai von Millwall an der Themse wurden sieben Arbeiter getötet und mehrere verletzt. In der Nachbarschaft wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Hochwasserschaden im Berner Oberland. Infolge Ueberschwemmung ist der Bahnverkehr Visp—Zermatt eingestellt. Der auf dieser Linie angerichtete Schaden geht in die Millionen. Alle Holzbrücken im Saas-Tal sind weggerissen. Im Zermatt-Tal fielen die meisten Brücken über die Visp weggeschwemmt. Die telephonische Verbindung mit Bern wird voraussichtlich wochenlang unterbrochen bleiben. Die Lötschberg- und die Furka-Bahn haben schwer gelitten.

Strafaufhebung. Dem Landrat a. D. von Schlenther in Adl. Baubeln, der am 13. September von Memeler französischen Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe verurteilt worden war, ist der Rest der Gefängnisstrafe, die er bisher in einer Kaserne verbüßt hatte, erlassen worden. Auf einem Vorwerk des Gutes Schlenthers war ein von deutschen Truppen im Herbst 1919 zurückgelassenes Flugzeug gefunden worden.

Das Eisenbahnunglück bei Sontra. Der beim Eisenbahnunglück bei Sontra (Kreis Eschwege) entstandene Materialschaden beträgt schätzungsweise 15 Millionen Mark. Die Unfallstelle ist noch nicht geräumt. Der Verkehr ist noch auf einige Tage gesperrt. Eine Leiche befindet sich noch unter den Trümmern.

Am 25. September, abends, entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser geliebter, treusorgender Mann, Vater und Schwiegervater, der Graveur 21/9

Hermann Guttmann

im Alter von 66 Jahren.
In tiefer Trauer für die Hinterbliebenen
Flora Guttmann geb. Cohn,
Berlin N, Brunnenstr. 9.
Beisetzung: Donnerstag, den 30. Sept., 11 Uhr vormittags, von der alten Halle des jüdischen Friedhofs in Weißensee.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Spezial-Arzt
für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.
Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden: ½12—2, ½6—½10 abds., Sonnt. ½11—1 Uhr
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.— M. portofrei

Spezial-Behandlung
v. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg.
Dir. Hermanns, Elsasserstr. 42 1. Eck Friedrichstr. Spr.: 10—12, 4—7, Sta. 12—1

Doppel-Riegel
Industrie-Kern, ca. 250 g schwer
Stück 3.75 M. ohne Karton. 85/13
Max Bernhard Kiwi Berlin SW 68 Friedrichstr. 204.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche, Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., **Alexanderstraße 45** (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glänz. Erfolge! Beobachtg. Tel.: Königst. 3593.

Brillanten Perlen, Platin, Gold-Bruch kauft **„Veritas"** Jägerstr. 10.

Herbstkleidung

Gummi-Mäntel modefarben, herabgesetzt auf 425
modefarben mit Gürtel, früher 790 jetzt M. 590
prima Dubelmäntel .... früher 1450 jetzt M. 900
Paletots marengo, sehr gut verarbeitet früher 700, jetzt M. 535
Covercoats in den neuesten Fassons früher 1000, jetzt M. 825
Hosen geschmackvoll gestreift, herabgesetzt 170, 200, 230, 290, 320 und M. 75

Jackett-Anzüge modern verarb., in allen mögl. Farbenstellungen
früher 1200 jetzt M. 950 — früher 900 jetzt M. 650
früher 1400 jetzt M. 1100 — früher 1150 jetzt M. 790
aus echt englischen Stoffen früher 1950, jetzt M. 1250
Cutaway u. Weste a. gut. marengo Chev., herabg. a. 575
Bozener Mäntel a. imprägn. Lodenstoff., herabg. auf 325

Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. p. sehr billig!

Nur eine Verkaufsstelle — **BaerSohn** — Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Achtung! Achtung!
Städtische Arbeiter und Handwerker die im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Metallarbeiter-Verband und im Verband der Heizer und Maschinisten organisiert sind,
am Mittwoch, den 29. September 1920, abends 6½ Uhr, in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2:
Gemeinsame Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Diskussion. 67/2
Mitgliedsbücher und schriftliche Ausweise durch die Betriebsräte sind zur Kontrolle mitzubringen. Ohne diese Ausweise kein Zutritt. — Das Erscheinen aller Kollegen in dieser Versammlung wird hierdurch zur Pflicht gemacht.
Die Lohnkommission der obengenannten Verbände.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin,
C. 25, Hankestr. 4.
Die infolge der Verordnung vom 30. 4. 20 (R. G. Bl. S. 760) über Heraufsetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung notwendig gewordene IX. Satzungsabänderung ist vom Oberversicherungsamt Groß-Berlin am 22. Sept. 1920 genehmigt worden. Geändert sind die §§ 2, 18, 19, 32 und 47.
Druckstücke der Abänderung sind vom Montag, den 4. Oktober 1920 an im Kassenbureau erhältlich. 1752b
Der Vorstand
A. Vogel, Vorsitzender. R. Freund, Schriftführer.

Andere freibleibend **Ia Makko-Trikothemden mit Eins.** von 57 M. an. 961D
O. Zimmermann, Stuttgart, Poststraße 1.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Friedrich Stampfer:
Religion ist Privatsache
Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms
31.—40. Tausend. Mk. 1.80

Zähne v. 3 M. an Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 1,50. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Für Raucher eine Probe umsonst.
5000 kleine Schachteln Raucherheil umsonst!

Wir möchten gerne jedem, der das Rauchen aus Gesundheitsrücksichten oder aus Sparsamkeit einschränken möchte, eine Probe unseres Raucherheils zukommen lassen. Es macht das Rauchen leicht entbehrlich, selbst dem leidenschaftlichsten Raucher.

Im eigenen Interesse eines jeden Lesers dieses Inserats, der seinen Tabakgenuß ohne Entbehrung und ohne unnötigen Willensaufwand bequem einschränken will, wünsche ich, daß er Raucherheil versuchen möge. Wahrscheinlich wird er dann, wie viele andere, sagen: „Raucherheil hat mir den Tabak entbehrlich gemacht."

Raucherheil ist der Freund der Raucher. Der Geschmack ist angenehm und erfrischend. Er beseitigt jeden üblen Mundgeruch und wirkt den schädlichen Folgen des Rauchens, besonders dem giftigen Nikotin, entgegen.

Raucherheil ist vollständig unschädlich und kann mit gleich gutem Erfolg angewendet werden von Zigarren-, Zigaretten- und Pfeifen-Rauchern. Das Alter hat dabei nichts zu sagen.

Raucherheil ist allen zu empfehlen, denen der Tabakgenuß auch nur die geringsten Beschwerden verursacht oder die das Rauchen aus sonst einem Grunde ohne unnötige Entbehrung einschränken wollen.

Eine Schachtel mit 160 Pastillen, für zirka einen Monat reichend, kostet in der Apotheke M. 13.50.

Schreiben Sie sofort eine Postkarte und verlangen Sie Gratiszusendung einer kleinen Schachtel Raucherheil von der Hauptniederlage für Raucherheil, Viktoria-Apotheke, Berlin B. 68, Friedrichstraße 19.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Palestrina.
6 Uhr.

Schauspielhaus.
(Außer Abonnement.)
Maria Stuart.
6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
6½ Uhr: Faust I.
Mittw.: Einsame Menschen.

Kammerspiele.
8 Uhr: Die Brandstätte.
Mittw.: Frühlings Erwachen.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Danton II. Abt., 1. Abd.
Mittw.: Danton (auß. Abonn.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
7½ Uhr: Erdgeist.
Mittwoch: Mirandolina.

Komödienhaus
½8: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer mit Fritzi Massary.

Central-Theater
7½: Frau Bärbel (Operette)

Deutsches Opernhaus
7 U.: Lustige Weiber v. Windsor

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: Hoheit die Tänzerin.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Der Floh im Panzerhaus

Komische Oper
7½ Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus
7¼ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater.
7 U.: Hollandweibchen

Neues Central-Theater
7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus
7½ U.: Die Csikósbaroness.

Neues Volkstheater
7½ Uhr: Der Biberpelz

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Nathan der Weise

Thalia-Theater
7¼ U.: Der dumme Franzl.

Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens
7¼ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater
7¼ U.: Der Geiger von Lugano.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Gastsp. Hartstein

Residenz-Theater.
Untergrundbahn Klosterstr.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Schneewittchen.
Täglich ½8 Uhr:
Die Freundin.
Mittwoch 4 Uhr zum 1. Male:
Struwelpeter.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich ½8 Uhr:
Der Roman einer Frau.
Komödie v. Lothar Schmidt.
Mittwoch 4 U., kleine Preise:
Rotkäppchen.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die Ratten.

BTL
Potsdamer Str. 38
Anständ. Frauen
Schauspiel in 5 Akten.
Turmstr. 12
Der große Abenteuerfilm
Schiffe und Menschen.
Alexanderpl.-Passage
Schwarzwaldmädel.
Friedenau, Rheinstr. 14
Die glühende Kammer.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 U. Das Käthchen v. Heilbronn

Lessing-Theater.
Heute bis Donnerstag 7½:
Das Gelübde.
(Konstantin, Loos, Klöpfer, Lind.)

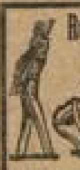
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich ½8 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Folies Caprice.
Täglich ½8 Uhr abends:
Versicherung geg. Ehebruch
Eine unruhige Nacht
Lea's Ohnmacht
mit Ferd. Grünecker.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt".
Singspiel mit Viktor Litzek.
Sonntg. 3½: Der Hausdrache.

Apollo-
7½ Theater 7½
Dir. James Klein.
Herbst-Sensations-
Eröffnungsprogramm
Gastspiel
d. internat. preisgekr.
Meister-Detektivs
Hannussen
m. sein. einz. dasteh. Experim. u. Vorführ.
5 Carras
d. best. Akrob. d. Welt
Tegethoff
Schwed. Illusionist
m. nieges. Darbietung
Madame Lauré
d. tollkühne Schönh.
u. weit. Sensationen.
Sonntag 3½ U. jeder Erwachs. 1 Kind frei

Schall und Rauch
im großen Schauspielhaus
Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 8643
Dir. Hans v. Wolzogen.
Das gr. September-Progr.
mit **Kulissen d. Seele**
v. Nik. Nikolajew. Evreinoff.
Hauptroll.: Hermann Thimig,
Rob. Forster-Larrinaga,
A. Flügel: Kpmstr. Spolianski.
Balalaika-Orchester.
Konzert 7¼ Beginn 8¼


Reichshall.-Theater
Abends 7½ und Sonntag Nm. 3
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise.

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Beginn 7 Uhr.
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Behrenstr. 54.

Admirals-Palast
7½ Uhr: D. lust. Puppe

Circus Busch
Tgl. 7.15 U., morgen Mittwoch auch 3 U.; nachm. halbe Preise für Kinder.
Stosch-Sarrasani-Gastsp.
Vorverkauf: Zirkusk. ab 10 ununterbr. u. Warenh. Tietz

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Täglich 7½ Uhr:
Wilhelm Hartstein
Nur noch bis einschl. Donnerstag:
Er oder Er
u. d. Sept.-Programm.
Ab Freitag, d. 1. Oktober:
Der Stolz der 3. Komp.
u. d. große Oktober-Progr.

Eintritt frei.
Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käthi Blank
Hans Brückner
Elen Scholz
Walter Pinkus
Antje van Laer
Gerda Latta
Hans Mathes
Hella Bella
Adolf Lieban
Hoddy u. Heinz Gerold
Adi Liebaus Meisterquart.
Erstkl. Küche, ff. Weine
Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.
Eintritt frei.

Nützen Sie die letzten schönen Tage im Luna-Park
Heute Volkstag
1,50, Kinder 0,75 M.
Groß. Feuerwerk
Die berühmten Niagaras auf dem Turmseil

Betten-Reinigung
Aufarbeiten der Federn. Waschen der Inlette.
Abholung und Zustellung in Groß-Berlin kostenfrei
Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig
Prinzenstr. 46/47
Eingang nur unter Glaskuppel

Ziehung am 13. und 14. Oktober
LOTTERIE für die Freiwilligen Sanitätskolonnen
— vom Roten Kreuz —
100 000 Lose — 4155 Gewinne i. Gesamtw.
Haupt-gewinn **100000 M.**
50000 M.
Rote Kreuz-Lose 3⁵⁰ M. [10 Lose sortiert 36 M.]
Porto und Liste 90 Pfg. extra.
Zu haben in allen Lotteriegeschäften und durch
Lud. Müller & Co.
Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.

Platin-, Gold-, Silber-Bruch, alte Gebisse
kauft zum eigenen Gebrauch, daher allerhöchste Preise.
Dental-Laboratorium „Kurfürst",
Kurfürstenstr. 89. 20/16*

Altmetalle
kaufen zu höchsten Preisen von Fabrikanten u. Händlern
Bader & Bauer, Berlin, Neanderstraße 15. Mpl. 667
Größere Posten freie Abholung.

An- und Verkauf von Waffen aller Art!
Pistolen gesucht.
Julius Heßmer, W. 8, Markgrafenstr. 51.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Aus der unter unserer Verwaltung stehenden Johann-Jakob-**Zeitler-Stiftung** sollen einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 Mark an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) und auch andere Handwerker, Meister und Gesellen vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden.

Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben.

Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die unterzeichnete Deputation, Stralauer Straße 56, II., zu richten.

Berlin, den 21. September 1920.

Städtische Stiftungs-Deputation.

J. Nr. 1458/20 Stift.

Wichtig für Frauen, Töchter und Schneiderinnen! Ein neuer

Zuschneide-, Näh- und Umarbeitungs-Kursus
beginnt am Montag, 4. Oktober.
Vorm.-, Nachm.-, Abendkurse.
Berufs- und Hausbedarfskurse.
Schneidern u. Nähen sowie Umarbeit. u. Mod. eig. Garderobe.
Honorar monatlich 25 Mark.
Sprechst.: v. mrg. 9 b. abds. 9 Uhr
Privat-Zuschneide-Schule
Inh. Frau Hedw. Krämer.
Berlin C 2, Neue Promenade 3, direkt am Hackeschen Markt und am Bahnhof Börse.

Altmetalle,
Zinn
Quecksilber, Zahngebisse,
Platin-, Gold-, Silberbruch,
weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufsstellen
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48

Möbel-Kredit
erhält jeder bei
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141,
Invalidenstraße 5.

ANKAUF von
Juwelen Gelegenheitskäufe A. Grünberg
Friedrichstraße 95. A. Bahnh. Friedrichstr. u. Café Kranzler ...
BRILLANTEN
Die höchsten Preise
für Kupfer, Messing, Rotguß usw. spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie
Adalbertstraße 4
u. Prinzenstraße 101.

Gold Silber Platin
Bruch, Ketten, Ringe, Löffel, Brennstifte, Zahngebisse, Münzen usw. sowie sämtliche
Altmetalle
kauft höchstzahlend
Silberzentrale
Gotzkowskyst. 13

Feuriger Süßwein
Santa Lucia
Ueberall käuflich
Depot: Bergstr. 34, Nord. 6822.

Messing,
Kupfer, Zinn, Zink, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sow. sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend **Metall-Einkaufszentrale,** Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 13580.

Schlafzimmer
eichenes, mit 1,50 m breitem Schrank mit Spiegel kompl. 4500,—, eichenes Speisezimmer mit 6 Polsterstühlen 4250,—, eichenes Herrenzimmer mit großer dreiteiliger Bibliothek 4650,—, Gobelingarnitur 4000,—, Küchen 650. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert, Lothringer Str. 55, am Rosenthaler Platz.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Fahrräder
prima Marke, liefern wir gegen bequeme
Teilzahlung
Illustr. Preisliste gratis.
Bial & Freund
Berlin S. 42, Postfach 120
Alexandrinenstr. 97.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C. 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt)
Eigene Fabrikation.

Kupfer Rotguß Messing zu den denkbar höchsten Tagespreisen
kauft **Tasche** in folgenden Geschäften:
Belle-Alliance-Str. 98
Fischerstr. 9
Holzmarktstr. 10
Linienstr. 215
Friedrichsfelder Str. 4
Prenzlauer Str. 56
Rheinsberger Str. 52
Hochmeisterstr. 2
Senefelderstr. 33
Urbanstr. 7
Griebenowstr. 1
Georgenkirchstr. 13
Melchiorstr. 15
Adalbertstr. 20

Kiefernholz,
prima Ware, 24 und 30 mm, verkauft preiswert 9502*
Holzbearbeitungsfabrik, Kastanienallee 74.
Humboldt 3900.

Zinn, Blei,
Bierschlangen sowie sämtl. Altmetalle höchstzahl.
Händler Extra-Preise!
Zinnschmelze Prinzessinnenstraße 17 (Moritzplatz u. Werth.).

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Metalle, Quecksilber, Zinn, Weißlager
kaufen laufend
Schulzendorfer Str. 2, Kösliner Str. 6, Kurfürstenstr. 9,
Tel. Lützow 8124.
Neukölln:
Schillerpromenade 23.

Saal
für Vereine und Gesellschaften ist zu vergeben; auch Sonntags.
Stralau (Alte Taverne).

Homöopath
Inst. (1908). Sichere Erfolge ohne Einspritz., ohne Berufsst.
Sprechst. 10-1 u. 4-7. Sonnt. 10-1.
Kries Hohenschönh. 40 Berlin Oberseestr. 41. T. Lichtb.
Auskunft u. Broschüre gratis.

Altmetalle
Zinn, Lötzinn, Lagermetalle, Quecksilber
— höhere Preise. —
Dresdener Strasse 13-14.

Sommerwohnlaube, zerlegbar, verk. m., ohne Grdst., 46 Kt., bei Britz, Proske, Neukölln, Weserstr. 215.

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preiswert
Damenpelzkragen von 48 M. an
Rotfuchskragen von 140 M. an
Pelzfutter für Mäntel von 120 M. an
Herrenkragen von 65 M. an
Seal Elektric, Biberet
Australische Opossum
in großer Auswahl.
Pelzwarenhaus A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Unauffällig
erhält ergraut. Haar die frühere Naturfarbe wieder d. Reichels Regenerator. Dunkelt allmähl. u. ist unverwaschbar. 7,50 u. 12 M. Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstraße 4.

Ganze oder Teile alter
Gebisse kauft
Zahn bis 20, 30, 50 Mark
und höher.
Fahrtvergütung.
Chausseestr. 53 im Laden.

Stellengesuche

Amt Norden 3791/97.
Tüchtige Reinemachefrauen, erprobte Waschfrauen, Aufwärterinnen. Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstraße 9. 114/14*

Arbeitsnachweis
der Stadt Berlin. Stellenvermittelung für weibliche Hausangestellte: [11/9*]
Eichhornstr. 1, 1 Treppe, Ecke Potsdamer Straße. Gormannstraße 13, nahe Bahnhof Börse und Rosenthaler Platz. Paulstraße 1, Am Kriminalgericht. Belle-Alliance-Platz 5. Koppenstraße 1, nahe Schles. Bhf. u. Stralauer Platz. Jägerstr. 11, am Gendarmenmarkt. Friedrichstraße 110/112, Oranienb. Tor. Geöffnet 8—7. Sonntags 8—1. Für Hausangestellte kostenlos.

Hausvater
ein. Wohltätigkeitsanstalt, in ungek. Stellung, langj. Parteigenosse, m. langj. prakt. Erfahr. i. Anstaltsdienst. Frau Pflegerin, i. Gartenbetrieb u. Kleintierz. erf., sucht f. April 1921 leit. Stellung i. Altersheim, Pflegeheim, Siechenhaus od. Krankenhaus o. ähnl. Wohlfahrtsanst. Ausf. Angeb. u. F 6 a. d. Geschäftsst. d. „Vorw." erb.

Stellenangebote

Die
Flensburger Volkszeitung
sucht zum baldmöglichsten Antritt einen
politischen Redakteur.
Erwünscht ist tüchtige erste Kraft, die u. a. auch mit der Behandlung der Grenzfragen vertraut ist. Anstellung erfolgt zu den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse". Bewerbungen sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, Gen. B. Eichhorn, Flensburg, Nikolaiallee 6, III., zu richten.

Für unsere 121/18
Armaturen-Abteilung
von
Knorr-Brems-Garnituren
suchen wir
einen Meister,
der Erfahrung in Präzisionsausführung von Armaturen hat. Derselbe muß lange Zeit Revolverdrehereien als Meister vorgestanden haben. Angebote mit kurzem Lebenslauf und Zeugnisabschriften an das Sekretariat der
Bayer. Motorenwerke
München 46.

Straßenhändler
werden sofort eingestellt gegen Lohn und Provision
„Vorwärts", Hauptexpedition, Lindenstr. 3 (Laden).

„Vorwärts"-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 65, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 57, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 50. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. — Kopernikusstr. 29. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Sperdmann, Bismarckstr. 4.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies".
Buchholz, Blankenburg: W. Rasera, Buchholz, Bahnhofstraße 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Straße. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 14.
Charlottenburg III: Albert Joachimi, Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Str. 10.
Copenick: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde, Schmöckwitz: Otto Krone, Eichwalde, Stubenrauchstraße 100.
Erkner: Albert Fernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Krekke, Walhstr. 28.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwalter, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Noack, Halensee, Katharinenstr. 4, Gartenhaus part.
Hermsdorf: Martin Smolibowski.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 32, [illegible]
Kaulsdorf: W. Scholz, Giesestr. 30.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 63. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Max Salzmann, Siedlung, Heimweg 8.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 2.
Lichterfelde-West: Schaerbel, Köhlerstr. 1.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 39.
Mahlow: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Mariendorf: August Leis, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Arndt, Berliner Str. 2.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartcamp, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Rosenthal: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 18.
Oranienburg: Friedrich Glaser, Bernauer Str. 2.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Rißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich, Schockstr. 23.
Rahnsdorf: Reichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahls, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buse, Prinz-Heinrich-Str. 54.
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 3.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92a.
Spandau: Preuß, Wasserstr. 5.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Gebricke, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Reinickendorf-West, Waldmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf und Birkenwerder: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 15.
Tempelhof: Holz, Hohenzollern-Korso 5.
Treptow: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramenz, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 61.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Polnische Erfolge.

Königsberg, 27. September. WTB. Zur Lage wird berichtet: In Galizien östlich von Tarnopol ist der Ausgang der Kämpfe noch unentschieden. Zum Angriff auf Rowno bereitgestellte bolschewistische Truppen wurden von den Polen zersprengt. Im Raum östlich von Prushany stehen die Polen nach Einnahme von Kartuskaja Peresa und Roshany in einer Linie östlich der genannten Orte. Die Verfolgung der Bolschewisten nördlich des Njemen dauert an. An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Zurückdrängen der Litauer die Linie Wishainy—Druskeniki erreicht.

Wilna, 27. September. (Lit. Telegr.-Agentur.) **In einer außerordentlichen Sitzung wegen der neuen polnischen Invasion richtete die litauische Nationalversammlung einen Aufruf an das litauische Volk. Dieses ist bis auf den letzten Mann bereit, mit Harke, Sense und Axt die polnischen Eindringlinge von der litauischen Erde zu vertreiben. Die Polen besetzten Aifiski östlich von Orany.**

Wilna, 27. September. (Litauische Telegraphenagentur.) Der polnische Außenminister Sapieha sandte an das litauische Ministerium des Aeußeren eine Note, durch die er eine **neue Konferenz** zwischen Litauen und Polen in Suwalki zum 29. September einberufen will. Das Ministerium des Aeußern hat sich bereit erklärt, den Direktor des politischen Departements, Baluti, nach Suwalki zu senden.

Warschau, 26. September. (Havas.) Der Minister für Auswärtiges hat den polnischen Bevollmächtigten in Berlin beauftragt, energisch gegen die Haltung der deutschen Behörden zu protestieren, da diese den bolschewistischen Banden in Ostpreußen alle Handlungsfreiheit und die Möglichkeit lassen, sich an der Nordostgrenze zu sammeln.

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt:

Wie bereits am 25. September d. J. gemeldet worden ist, sind die nach Deutschland übergetretenen bolschewistischen Soldaten **sämtlich nach Lagern im Innern** des Reiches abtransportiert worden. Die Annahme, daß bolschewistische Banden in Ostpreußen Handlungsfreiheit und die Möglichkeit, sich zu sammeln, hätten, ist daher **gänzlich haltlos.**

Sowjetrußland und Deutschland.

Leipzig, 27. September. WTB. Einem Mitarbeiter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" in Riga erklärte Joffe u. a., die Gerüchte über Rußlands geheime Beziehungen zu Deutschland seien unwahr und auf **Machenschaften** der den beiden Ländern feindlich gesinnten Staaten zurückzuführen. Die Beziehungen zu Deutschland seien immer **gut** gewesen und es sei Aussicht vorhanden, zu einer **Verständigung** zu gelangen. Dazu sei aber eine gemeinsame Konferenz gar nicht erforderlich. Lettland und Litauen hätten Rußland bereits einen **freien Transitverkehr** nach Deutschland garantiert und hoffentlich werde Polen dasselbe tun. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, dann werde Rußland seine Aus- und Einfuhr im Verkehr mit Deutschland über die **baltischen Hafenstädte** Riga, Libau, Windau und Reval leiten. Auch sei im litauisch-russischen Friedensvertrage die Frage der **Schiffbarmachung der Düna** bis zur russischen Grenze angeregt worden, und früher oder später werde das Projekt ausgeführt werden, wenn mit Polen der Frieden geschlossen sei. Dann werde Rußland seine eigene Industrie wiederherstellen, um alle notwendigen Waren bei sich zu Hause zu produzieren und nicht aus dem Auslande beziehen zu müssen. Rußland brauche in erster Linie Maschinen, Werkzeuge usw. Es könne aber auch sehr viel geben wie Holz und Holzprodukte, Felle, Naphtha und alle Naphthaerzeugnisse, Flachs, Getreide und viele andere Rohstoffe. Deutschland habe **keine besonderen Vorrechte** zu erwarten, denn Rußland werde keinem **kapitalistischen** Staate irgendwelche Vorrechte einräumen. Rußland werde beim Abschluß von Handelsverträgen sich nur von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen, die ihm selbst zugute kommen. Die Gerüchte über **Angriffspläne** Rußlands in Persien und gegen Indien seien aus den Fingern gesogen. In Persien sei kein bolschewistisch-russischer Soldat und die Abteilung, die Enseli besetzt hatte, sei zurückgezogen worden. Indien interessiere Rußland nicht und ein russischer Einfall in dieses Land sei ein altes englisches Gespenst.

Nach englischer Meldung haben Sowjettruppen Buchara in Zentralasien besetzt.

Sowjetgold.

London, 27. September. „Times" meldet, verschiedene schwedische Handelshäuser, die von Sowjetrußland Gold in Zahlung genommen hatten, hätten festgestellt, daß das Gold Bismut und andere Legierungen enthielt, so daß der Wert um 18 Proz. vermindert sei.

Teltow-Beeskow-Moskau.

Die Generalversammlung der Unabhängigen-Organisation im Kreise Teltow-Beeskow hat am Sonntag mit einem entschiedenen Sieg der Moskauer Richtung geendet. Zwar soll die Wahl der Kandidaten zum Parteitag durch Urwahlen erfolgen. Daß aber die Generalversammlung überwiegend kommunistisch gesonnen war, geht daraus hervor, daß der Bezirksleiter Richard Krille ein Mißtrauensvotum erhielt und gezwungen wurde, **sofort sein Amt als Bezirkssekretär niederzulegen,** weil er die Gegner der Moskauer Bedingungen aufgefordert hatte, sich zur Erzielung eines günstigen Resultats bei der Urwahl zusammenzuschließen und **die Mitgliederlisten und Kassen vor den Moskowitern zu sichern,** damit sie nicht in deren Hände kämen. Die Absetzung Krilles erfolgte mit 47 Stimmen gegen 27 Stimmen, an seine Stelle trat Klamet. Dieser berichtete, daß die letzte Sitzung der **Preßkommission neuerdings der Redaktion der „Freiheit" ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und sich dann aufgelöst habe,** weil die Redaktion nicht die Konsequenzen daraus zog. Hierzu nahm die Versammlung einen Antrag Wegmann an, wonach die Distrikte schleunigst zu dem Mißtrauensvotum Stellung nehmen sollen, damit die Stimmung der „Freiheit"-Leser zum Ausdruck kommt.

Zum Parteitag wurde ein Antrag Sievers angenommen, der Hinausschiebung des Parteitages und Urwahlen für das ganze Reich verlangt. Werden diese Forderungen nicht berücksichtigt, so sollen die Delegierten des Kreises Teltow-Beeskow verpflichtet sein, die Ablehnung aller Parteitagsdelegierten zu verlangen, die ihr Mandat keiner Urwahl verdanken. Für die Urwahl der Delegierten wurden dann zwei getrennte Vorschlagslisten beider Richtungen aufgestellt. Die Liste der Moskowiter führen Berta Braunthal, Wegmann und Richard Müller, die Liste des rechten Flügels führt Zubeil. Außerdem enthält sie u. a. Frau Nehmitz, Emil Barth usw.

Braunschweig gegen Moskau. — Der Kleber Eckart.

Braunschweig, 27. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts"). Der Bezirksparteitag der Unabhängigen Partei Braunschweigs lehnte am gestrigen Sonntag den Anschluß an Moskau unter den 21 Bedingungen mit **79 gegen 20 Stimmen ab.** Ferner wurde der für den Bezirk Braunschweig gewählte unabhängige Reichstagsabgeordnete Eckart **zur Niederlegung seines Mandates aufgefordert,** da er systematisch gegen die unabhängige Partei arbeite. **Eckart lehnte die Mandatsniederlegung ab und behauptete, darüber verfüge nur der Reichsparteitag.** E. war vor der Revolution in der Braunschweiger Arbeiterbewegung völlig unbekannt. Er war unter der Mergesherrschaft Minister für revolutionäre Verteidigung und spielte besonders in den Generalstreiktagen im April 1919 eine mehr als zweifelhafte Rolle. Es ist ein offenes Geheimnis, daß E. mit kommunistischen Kreisen in Verbindung steht und **systematisch eine Hinüberführung der unabhängigen Massen in das kommunistische Lager anstrebe.**

Sozialdemokratische Richtlinien der Agrarpolitik.

Der Parteivorstand hatte, wie schon berichtet, eine Reihe von Genossen, die durch ihre Erfahrungen besonders dazu befähigt sind, zu einer gutachtlichen Aeußerung über die Agrarpolitik aufgefordert. Den Niederschlag ihrer Beratungen bildet der folgende gemeinsame Vorschlag an den Kasseler Parteitag:

Um der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz zu schaffen und um die ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen, muß die Land- und Forstwirtschaft durch die Einsicht, den guten Willen und durch die Tätigkeit der in der Land- und Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung selbst gefördert werden. Diese muß dauernd unterstützt werden durch die Regierungen und vor allem durch die organisierte Arbeiterklasse.

Der Parteitag begrüßt das große Interesse, das die Genossen und Genossinnen den agrarischen Problemen entgegenbringen. Der Parteitag stellt für die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit im Interesse der ländlichen Bevölkerung das folgende fest:

1. Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören.

2. Die Vorteile des Klein-, Mittel- und Großbetriebes in der Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung zu beurteilen. Eine Uebereinstimmung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe ist jetzt nicht möglich.

3. Von Reich, Staat und Gemeinde hat alles zu geschehen, was die Produktivität und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft steigern kann.

4. Nichtbearbeitung sowie unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens hat die Enteignung nach sich zu ziehen.

5. Jede Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu unterbinden.

6. Der Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu sozialisieren.

7. Die Siedlungspolitik ist zu fördern und unter besonderer Berücksichtigung der Kultivierung der Oed- und Heideländereien, deren rationelle Bewirtschaftung unter Zuhilfenahme der technischen Errungenschaften nach den Leitsätzen dieses Aktionsprogramms zu sichern ist. Die von Kriegs- und Revolutionsgewinnlern erworbenen Ländereien sind zu Siedlungszwecken zu enteignen.

8. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert vor allem den Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildungs- und Fachschulen.

9. Die Verkehrsverhältnisse sind durch Ausbau der Kleinbahnen, Land- und Wasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft gründlich zu verbessern.

10. Licht-, Kraft- und Wasserversorgung ist der ländlichen Bevölkerung zu sichern.

11. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel und der Kohlen ist zu sozialisieren.

12. Alle Maßnahmen, wie Bodenverbesserung, Umlegung der Grundstücke (Flurbereinigung), Saatzucht, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw. sind kräftig zu unterstützen. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Anstellung von praktisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren und durch Einrichtung von Landeskulturstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter paritätischer Hinzuziehung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.

13. Die Ausschaltung des Zwischenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten ist zu beschleunigen.

14. Die kredit-, betriebs- und absatzgenossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbetriebe ist nach jeder Richtung kräftig zu fördern.

15. Die engste Zusammenarbeit der Großeinkaufsgesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auf das lebhafteste zu begrüßen.

16. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Unfallgefahr zu schützen. Ihnen ist eine gesunde Wohnung und befriedigende Lebenshaltung zu sichern. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzulegen. Alle Zweige der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen.

17. Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens.

18. Schaffung einer erschöpfenden, zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik.

19. Die Aufklärung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung hat unter Festhaltung unserer Parteigrundsätze zu geschehen.

20. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms können für Gebiete mit besonders eigenartig vorherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Land- und Forstwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie sind vor ihrer Veröffentlichung dem Parteivorstand zur Bestätigung vorzulegen.

Tobende Hanswürste.

In Frankfurt a. M. hat der Alldeutsche Verband seinen 30. Verbandstag abgehalten. Daß die Leute, deren säbelrasselnde Politik Deutschland ins tiefste Unglück gestürzt hat, überhaupt noch wagen, sich öffentlich zu zeigen, ist ein Beweis für die unverwüstliche Dreistigkeit dieser Gesellschaft. Auch diese Tagung stand unter dem Stern aller alldeutschen Veranstaltungen: entsetzlich viel Maul und entsetzlich wenig Gehirn.

Das ganze Treiben kann nur als das gemeingefährlicher Narren bezeichnet werden. In dem Bericht der „Deutschen Zeitung" wird die alldeutsche Tagung ausdrücklich „Kriegsrat" und „Befehlsausgabe genannt und damit die Kriegshetze unterstrichen. Offenbar will man den Franzosen Material zu noch stärkerer Hetze gegen Deutschland liefern.

Der Alldeutsche Verband, der im Weltkrieg Deutschland möglichst viele Feinde auf den Hals geladen hat, sucht sich auch innerpolitisch möglichst gründlich verhaßt zu machen. Um die Wette wird geschimpft auf Polen, Juden, Katholiken, Sozialdemokraten, Demokraten und Liberale; nur ein kleiner Teil der Deutschnationalen findet Gnade vor den Augen der Alldeutschen.

Die Sprache der Alldeutschen ist von einer urwüchsigen Kraft, die Adolf Hoffmann neidisch machen müßte. Zum Beweise, daß ein Jude nie ein Deutscher werden kann, erklärt der Hauptredner der alldeutschen Tagung, ein Ziegenbock wäre noch nicht dadurch ein Renner edlen Blutes, weil er zufällig in Trakehnen auf die Welt gekommen sei. Der Pferdestall ist und bleibt nämlich das höchste alldeutsche Ideal. Wenn der alldeutsche Redner fortfuhr, die Milchkühe hätte man Deutschland genommen, die „Ochsen" aber gelassen, so ist dies die einzige Erklärung dafür, daß der Alldeutsche Verband noch besteht.

Auch eine besondere antisemitische Note fehlte nicht. In seinem Referat über Rassen- und Führergedanken (ein neckischer Druckfehler der „Deutschen Zeitung" macht daraus „Kassen- und Führergedanken") machte der Freiherr v. Vietinghoff-Scheel Mitteilung von einem welterschütternden Beschluß der deutschen Adelsgesellschaft. Danach hat die Genossenschaft beschlossen, niemand mehr aufzunehmen, der sich mit jüdischem Blute versippt hat. Eine neue Adelsmatrikel unter Ausschluß aller **zu stark** (Wie stark ist erlaubt? Red. d. „V.") **mit jüdischem Blut behafteter Familien,** insbesondere aller seit 1800 geadelter, deren Stammvater ein Jude gewesen ist, wird angelegt. Wie viele Adelsfamilien werden da noch übrigbleiben, die sich bisher ohne Blutauffrischung durch jüdische Bankierstöchter durchs Leben geschlagen haben?!

Der Hauptredner Heinrich Claß verband Chauvinismus mit Reaktion. Er proklamierte die Irredenta und verlangte Rückkehr der Monarchie. Alles übrige war noch mehr unter diesem Niveau.

Ein Kriegsrat in Metz.

Die „Telegraphen-Union" erfährt von besonderer, mit amtlichen amerikanischen Stellen in engen Beziehungen stehender Seite, daß vor einigen Tagen in Metz unter dem Vorsitz von Foch eine Art Kriegsrat getagt habe. Foch habe dort betont, die Sicherheit Frankreichs verlange unter allen Umständen die **baldige Besetzung des Ruhrreviers.** Größere Truppenverbände seien zu diesem Zweck nicht erforderlich. Es genüge, wenn eine Anzahl **Panzerwagen** mit dem nötigen technisch geschulten Personal an die verschiedenen zu besetzenden Plätze entsandt würden. Diesen würde u. a. auch die Aufgabe zufallen, eine großzügige Industriespionage in dem besetzten Gebiete zu organisieren, insbesondere gegen die Firma Krupp. Belgische Transporte mit Munition und Absperrmaterial seien nach den Depots in der belgischen Zone des besetzten Gebietes abgegangen.

Daß die französischen Militärs das Ruhrgebiet besetzen möchten, ist bekannt, daß Foch sich auch für Industriespionage besonders interessiere, ist weniger sicher, daß aber die Besetzung des Ruhrgebietes nicht ohne ganz andere Folgen bleiben würde, als Herr Foch erwarten mag, ist um so gewisser.

Drei Sklarz-Prozesse.

Vergleich — Verurteilung — Vertagung.

(Schluß aus dem Montagabendblatt.)

In der weiteren Verhandlung wird gegenüber Behauptungen des Zeugen Journalist Steinberg aktenmäßig festgestellt, daß die Verfahren gegen Heinrich Sklarz wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Konkursvergehens usw. sämtlich **wegen mangelnden Beweises eingestellt** worden seien.

Es wurde dann

Eichhorn als Zeuge

vernommen und bekundete u. a.: Heinrich Sklarz habe sich am 10. November bei ihm gemeldet. Bis dahin habe er ihn nicht gekannt. Sklarz habe ihm gesagt, daß er ihm helfen könne, damit die Leute etwas zu essen bekämen. Das sei dankbar angenommen und Sklarz die Verpflegung der Soldaten überlassen worden. Er habe sich dann im Polizeipräsidium ein Verpflegungsbureau eingerichtet, von wo Anweisungen auf Brot, Mittagsmahlzeiten usw. ausgegeben wurden. Er habe manchmal mit Sklarz scharfe Differenzen — aber nicht materieller Natur — gehabt, weil er sich um Dinge bekümmerte, die ihn nichts angingen. Sklarz sei dann aus dem Polizeipräsidium weggegangen, aber er sei nicht weggegangen worden etwa wegen Darlehnsschwindels (wie Steinberg behauptet hatte). Dem Zeugen war ein paarmal mitgeteilt worden, daß Verfahren gegen Sklarz schwebten, er sei eine anrüchige Persönlichkeit und dergleichen. Er habe darauf nichts gegeben. Bei der Speisung der Soldaten habe Herr Sklarz nichts mit Geld zu tun gehabt. Im allgemeinen könne er nur sagen: Es hatte sich in jenen aufgeregten Tagen im Polizeipräsidium eine ganze Menge sogenannter

wilder Bureaus

gebildet, die schwer herauszubringen waren. Mit Beschlagnahmen hatte Sklarz nichts zu tun. Allen Bureaus seien durch ihn Kriminalbeamte beigesellt worden. Die Differenzen mit Sklarz bezogen sich darauf, daß Sklarz sich in Fragen des Soldatenrats der Sicherheitswehr, Löhnungsfragen, Dienstzeit usw. hineingemischt habe. — Schließlich erklärte der Angeklagte Lachmann zu Protokoll: „Ich habe nicht die Absicht gehabt, den Privatkläger zu beleidigen. Ich gebe zu, daß der von mir veröffentlichte Artikel auf einer Information beruht, die in entscheidenden Punkten Unrichtigkeiten aufweist. Insbesondere hat nach meiner Ueberzeugung die Verhandlung nichts ergeben, daß Heinrich Sklarz aus eigensüchtigen Motiven gehandelt hat; die Bekundungen der vernommenen Zeugen sprechen für das Gegenteil."

Bei dem zweiten Prozeß handelt es sich um einen am 30. in der „Berliner Morgenzeitung" erschienenen Artikel unter der Ueberschrift „Ermittlungsverfahren gegen Sklarz". Der Angeklagte erklärt dazu, daß er nicht Heinrich Sklarz, sondern Georg Sklarz habe treffen wollen. Der als Zeuge vernommene Journalist Kurt Sochaczewski schildert einen Besuch, den Sklarz bei ihm gemacht habe, um die Veröffentlichung weiteren Materials zu unterdrücken. Sklarz behauptet demgegenüber, daß er Sochaczewski davon habe überzeugen wollen, daß er den Aussagen eines Geisteskranken (Sonnenfeld) zuviel Glauben beigemessen habe. Rechtsanwalt Dr. Cohn nahm in seinem Plädoyer für den Angeklagten den Schutz des § 193 in Anspruch. Das Gericht billigte dem Angeklagten in der Hauptsache den Schutz des § 193 zu, erblickte aber in einzelnen Ausdrücken die Absicht der Beleidigung und verurteilte ihn deswegen zu **100 Mark Geldstrafe.**

Die dann folgende Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Wahrheit", der wegen eines Artikels unter der Ueberschrift „Streiflichter" angeklagt war, endete mit der Vertagung, da der angeklagte Redakteur der „Wahrheit" den Antrag stellte, den Rechtsanwalt Leo Pasch, den Vorsitzenden des jüdischen Jugendbundes, als Zeugen zu laden, von dem er seine Informationen erhalten haben will.

Im Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung hielt der Staatskommissar für Verwaltungsreform Dr. Drews einen ausführlichen Vortrag über die Autonomie der Provinzen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache. Die Notwendigkeit, die Autonomie zu verstärken, wurde von allen Seiten anerkannt, eine endgültige Formulierung aber bei der Schwierigkeit der Materie noch nicht vorgenommen.

Deutschnationale Jugendgruppe Hindenburg. Nach einer Meldung der T.U. erteilte Generalfeldmarschall Hindenburg in einem besonderen Schreiben der Erfurter Ortsgruppe des Deutschnationalen Jugendbundes die Erlaubnis, sich künftig „Hindenburg" zu nennen. Der Vorgang spricht zwar dafür, daß der Feldmarschall sich sein kindliches Gemüt bewahrt hat, aber nicht für die oft wiederholte Behauptung, daß Hindenburg außerhalb der Parteien stände.

Litwinoff, der Unerwünschte, darf auch nicht nach Italien hinein.

Gewerkschaftsbewegung

Stuttgart gegen Moskau.

Nach dem Moskauer Diktat sind alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien verpflichtet, „einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Internationale nachdrücklichst propagieren". Diese Kriegserklärung an die Gewerkschaften hat natürlich auch diese gegen Moskau auf den Plan gerufen. Selbst der radikale Metallarbeiterverband will trotz seiner Unzufriedenheit mit Amsterdam nichts von Moskau wissen.

In der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung" finden wir einen umfangreichen Leitartikel gegen die Dritte Internationale. Ganz energisch wird darin gegen die „kommunistischen Zellen" angegangen, die eine „Organisation in der Organisation" und „die Fraktionsbildung nicht nur auf Tagungen, sondern als ständige Einrichtung" bedeuten würden. Das Ganze wird als „Vorstufe zur Spaltung" abgelehnt. Darum heißt es in Ahnung kommender Ereignisse:

„So kann es auf dem nächsten Verbandstag kommen, daß kommunistische Funktionäre gewählt werden. Zur Aenderung der Statuten reicht die Stimmenzahl aber nicht aus, dann müssen die neuen Männer ebenfalls im Sinne der Statuten ihre Tätigkeit ausüben, die großen Hoffnungen werden nicht erfüllt, ebensowenig wie die Phrasen in der Praxis realisiert werden können. Das Absägen beginnt von neuem. Vielleicht lassen dann die Kritiker den neuen Männern mehr Gerechtigkeit widerfahren, als dies gegenwärtig gegenüber den verlästerten „opportunistischen U.S.P.-Männern" geschieht. Die Bildung der „Zellen" oder Fraktionen muß notwendigerweise zu Reibereien im Verband führen, die zur Lähmung der Stoßkraft beitragen und letzten Endes zur Spaltung treiben."

Und zu der Moskauer Forderung nach „Säuberung" der Gewerkschaften von reformistischen und opportunistischen Elementen lesen wir:

„Vielumstritten war die Führerfrage schon immer. Wo Demagogen die Massen falsche Wege führten, ihnen durch ihre unverantwortliche Handlungsweise schweren Schaden zufügten, brachten sie zu ihrer eigenen Rechtfertigung es fertig, einen Sündenbock zu suchen, und der war in allen Fällen der Gewerkschaftsangestellte. Die trübsten Erfahrungen wurden gesammelt, und wohl auf keinem Gebiet geschehen größere Ungerechtigkeiten, als in der Beurteilung der Tätigkeit der Verbandsfunktionäre."

Wie unendlich viel wäre gerade dem Metallarbeiterverband erspart geblieben, wenn man im Oktober des vorigen Jahres auf fast dieselben Worte gehört hätte, die damals von den so sehr verhaßten „Bonzen" warnend den Radikalinskis zugerufen wurden? Damals war es gerade Dißmann, der zuerst das Wort „Fraktion" in den Saal warf und seine Freunde alle Augenblicke zu „Fraktionssitzungen" zusammenrief. Heute weiß man auf einmal, daß bei der Beurteilung der Verbandsfunktionäre die größten Ungerechtigkeiten geschehen. Ueber diese späte Erkenntnis könnte man sich freuen, wenn der Schmerz über die ungeheuren Schäden, die die Unabhängigen mit ihrer Säuberung der Gewerkschaften von all den alten und bewährten Funktionären, die sich nicht mit Haut und Haaren der U.S.P. verschreiben wollten, über die Arbeiterbewegung gebracht haben, nicht so tief säße. Heute, da man das Messer an der eigenen Kehle verspürt, erklärt man plötzlich, daß die Angestellten nur „die Ausführenden des Willens der Mitgliedschaft" sind und daß von dem „Recht auf Kontrolle der Führer" nur darum so wenig Gebrauch gemacht werde, „weil die Argumente, die kolportiert wurden, in den meisten Fällen nur haltlose Verdächtigungen waren, die keiner ernsthaften Prüfung standhielten". Wenn man doch nur immer so gewissenhaft geprüft hätte!

Um aber nur nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß die jetzigen Führer des Metallarbeiterverbandes ihre Fehler von gestern eingesehen haben, heißt es am Schlusse des Artikels:

„Besonders der Metallarbeiterverband wurde in seiner Tätigkeit gehemmt, auf seinem Buckel wurden die Rätewirren ausgetrommelt, und aller Voraussicht nach wird er auch wieder das Versuchskaninchen der neuen Taktik sein. Als Gewerkschafter haben wir zu prüfen, ob der Verband weitere Wirren noch ertragen kann. In der jetzigen politischen wie wirtschaftlichen Situation müssen wir uns vor einer Schwächung der Gewerkschaften hüten. Nicht die Führer waren schuld, wenn es nicht vorwärts ging, sondern die Massen, die zu leicht geneigt waren, sich von Demagogen auf Irrwege führen zu lassen. Mit Ruhe und Besonnenheit muß das Für und Wider erwogen werden."

Wir haben lange genug die Arbeiterschaft davor gewarnt, die Arbeiterbewegung zum „Versuchskaninchen der neuen Taktik" zu machen. In der Hauptsache waren es die bekannten „Führer" des Metallarbeiterverbandes, die als stramme Unabhängige jeden Hinweis auf die Spaltungsgefahr zurückwiesen, die so lange revolutionäre Phrasen gegen die Vernunftsgründe der alten, bewährten Funktionäre schleuderten und die Massen damit fütterten, bis sie in Stuttgart ihren Einzug hielten. Heute, da sie einsehen, daß die großen Hoffnungen, die sie erweckt haben, ebensowenig erfüllt, „wie die Phrasen in der Praxis realisiert werden können", bringen diese Leute den Mut auf, den Massen die Schuld am Stillstand der Organisation aufzubürden, weil sie „sich von Demagogen auf Irrwege führen" ließen.

Gescheiterte Verhandlungen im Versicherungsgewerbe

Die in den letzten Tagen über die Forderungen der Versicherungsangestellten geführten Verhandlungen sind gescheitert. Die Unternehmer haben die Forderungen ihrer Angestellten abgelehnt und einen Gegenvorschlag eingereicht, der einem Abbau der Löhne gleichkommt. Um diese Herabdrückung der Lebenshaltung der Angestellten auszugleichen, wurde als Winterzulage ein Monatsgehalt bewilligt. Die Ablehnung der Forderungen veranlaßt den Zentralverband der Angestellten, den Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, den Gewerkschaftsbund der Angestellten und den Allgemeinen Verband der Versicherungsangestellten, einen gemeinsamen Aufruf zu erlassen, dem wir folgendes entnehmen:

„Diese Herausforderung der Arbeitgeber beantworten die Verbände mit der geschlossenen Einmütigkeit zum Kampfe um menschenwürdige Daseinsbedingungen. Die Verbände haben beschlossen: 1. Unverzüglich das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, einen Schlichtungsausschuß einzusetzen. 2. Als Kampfesmaßnahme ist in allen Direktionsbetrieben und Verwaltungsgeneralagenturen sofort jede Art von Ueberarbeit, insbesondere jede Ueberstunde und Hausarbeit absolut zu verweigern. 3. Ueber alle organisierten Arbeitgeberbetriebe ist hiermit die Sperre verhängt, mithin können keinerlei weitere Neueinstellungen genehmigt oder geduldet werden. Für die Provisionsgeneralagenturen ergehen Anweisungen, sobald die Erklärung des Arbeitgeberreichsverbandes deutscher Versicherungsvertreter vorliegt.

Die Verbände erwarten von jedem organisierten Versicherungsangestellten, besonders aber von den Betriebsräten und Betriebsvertrauensmännern, die strengste Durchführung dieser Abwehrmaßnahmen zu überwachen. Wer Ueberarbeit leistet, begeht damit eine genau so wie Streikbruch zu verurteilende schimpfliche Handlung, gegen die die Gewerkschaften die satzungsgemäßen Maßnahmen im einzelnen anwenden.

Je geschlossener die Durchführung der Verweigerung jeder besonderen Arbeit, um so deutlicher werdet ihr dem Arbeitgeberverband die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Aufbesserung der Gehälter begreiflich machen.

Kolleginnen, Kollegen! Steht im Kampfe zusammen! Wahrt Solidarität! Achtet überall auf strengste Einhaltung unserer Kampfesmaßnahmen durch jeden Angestellten."

Zum Streik bei den Raiffeisen-Genossenschaften.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Die Bemühungen des Demobilmachungskommissars, den Streik bei der Handelsgesellschaft Raiffeisenscher Genossenschaften beizulegen, sind an dem Verhalten der Direktion und des Arbeitgeberverbandes (Syndikus Dr. Engel) gescheitert. Der Arbeitgeberverband hat versucht, die Gewerkschaften auszuschalten, doch haben die Angestellten einstimmig sich erneut auf den Boden der Gewerkschaften gestellt. Die Herren der Firmenleitung samt ihrem geistlichen Aufsichtsrat und dem Arbeitgeberverband scheinen sich der Hoffnung hinzugeben, daß die Angestellten noch vor dem 1. Oktober zu Kreuze kriechen müssen, da namentlich die verbeiratete Kollegenschaft am Ersten Miete und Gasgelder usw. zu zahlen hat. Die streikende Kollegenschaft denkt gar nicht daran, ist sich vielmehr darüber schon einig geworden, daß der Streik auch über den 1. Oktober hinausgeht, falls den gerechten Forderungen nicht Genüge geleistet wird. Trotz des eifrigen Bemühens der Direktion ist es ihr bis heute nicht gelungen, genügend Streikbrecher heranzuziehen, um so ihren Betrieb wenigstens einigermaßen fortführen zu können.

Kolleginnen, Kollegen, es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, bei genannter Firma keine Stellung anzunehmen. Beweist Eure Solidarität!

Allgemeinverbindliche Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium hat den zwischen den Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie, Sektion 1a am 2. Juni 1920 abgeschlossenen Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeitserklärung beginnt mit dem 1. April 1920.

Desgleichen wurde der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Abteilung Chemische Branche, und dem Arbeitgeberverband des Großhandels Groß-Berlin am 4. Mai 1920 abgeschlossene Tarifvertrag mit einem Nachtrag vom 22. April mit Wirkung vom 1. Mai 1920 für allgemein verbindlich erklärt.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Heute: Chemische Industrie 7½ Uhr in den Musikersestsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Geldschrankfabriken und Großschlossereien 7 Uhr im Bundeshaus. — Eisenbau- und Brückenbau 7½ Uhr im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126. — Maschinen-, Werkzeugbau- und Gießereien 7½ Uhr in den Musikersestsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Mittwoch: Brauereien 8 Uhr im Bundeshaus. — Schwachstrom 7½ Uhr im Bundeshaus.

Angestellte der Annoncenbureaus und Expeditionen. Heute 5½ Uhr, Zentralsestsäle, Alte Jakobstraße 30/32, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Gehaltsabbau und der kommende Tarif".

Deutscher Transportarbeiterverband. Bretterträger, Platzarbeiter und Kutscher aus allen Fournier- und Nutzholzhandlungen Groß-Berlins. Morgen Mittwoch, 7 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27 o: Branchenversammlung.

Gastwirtsgewerbe. Betriebsräte und Betriebsobleute! Morgen Mittwoch, 10 Uhr, im „Café Stern", Oranienburger Tor: Versammlung.

Achtung, Buchdrucker! Morgen Mittwoch, 5 Uhr, im Schultheißausschank, Neue Jakobstraße, Eingang Schmidstraße: Wichtige Besprechung sämtlicher Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre der auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Buchdrucker. Legitimation: Betriebsrätekarte, grüne Karte oder Parteibuch.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen für heute: Fachgruppe 2a (Verwaltungsangestellte), abends 6 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25: Vertrauensleutevversammlung. — Fachgruppe 9b (Schuhwaren, Großhandel, Industrie), abends 5 Uhr, in Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35: Oeffentl. Versammlung. — Fachgruppe 10 I (Kurz-, Galanterie-, Spielwaren), abends 5½ Uhr, im Gesellschaftshaus am Hackeschen Markt, Rosenthaler Straße 36: Oeffentl. Versammlung. — Fachgruppe 12a (Tiefbaugewerbe), abends 7½ Uhr, im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7/10: Mitgliederversammlung.

Wirtschaft

Bedarfsdeckung durch Typenware.

Wir haben im „Vorwärts" wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bekleidungsartikel erheblich verbilligt werden könnten, wenn für einen bestimmten, z. B. durch die Konsumvereine ermittelten Bedarf direkt in den Fabriken Einheitswaren von guter Beschaffenheit hergestellt würden. Zu dieser Frage äußert sich heute in einer Zuschrift an uns Direktor Gebauer aus Ostritz in Sachsen, von dessen Ausführungen wir folgende Stellen hier wiedergeben:

„Es war 20er Baumwollgarn bei uns soeben noch wegen des besseren Standes unserer Valuta und bei der Absatzstockung mit 47 M. per Kilogramm zu haben. Das Rohmaterial dafür ist also bei den Spinnern vorhanden — doch konnte der Weber dazu nicht kaufen, weil die Detaillisten zuviel teuere Ware besitzen und dieselbe nicht absetzen können, also neue billige Ware auch dem Weber nicht bestellen können. Inzwischen kostet aber dasselbe Garn schon wieder 73 M., weil die Valuta gesunken ist. Da die Weber hiernach Verhältnisse wie im Herbst vorigen Jahres befürchten, bei denen durch das Fallen der Valuta eine ungeheure Preistreiberei begann, so wird jetzt von ihnen gekauft, besonders auch in der Annahme, daß der monatelangen Zurückhaltung der Käufer eine um so größere Bedarfseindeckung zum Winter folgen muß. So also belebt sich das Geschäft in der Weberei, durch die Valuta-Verschlechterung veranlaßt, und es bleibt abzuwarten, ob die Kaufkraft unseres Volkes tatsächlich erschöpft ist oder ob es sich in letzter Zeit doch nur um einen Streik der Käufer gegen zu hohe Preise gehandelt hat, den man nunmehr als verloren aufgeben will.

Es muß wieder eine gesunde Preisbasis für die zum Familienleben unerläßlichen Textilwaren geschaffen werden, und zu diesem Zwecke erhebe ich aufs neue die Forderung, für diese Waren ganz bestimmte Typen in guter Qualität und zu normalen Preisen zu schaffen. Unter den Verfügungen und der Aufsicht einer dafür einzurichtenden, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zu besetzenden Reichsstelle muß nach ganz bestimmten Gesetzen je eine bestimmte Qualität Hemdenstoff, Unterkleiderstoff, Bettbezugsstoff, Kleiderstoff usw. usw. unter Ausschluß jeder Spekulation und unnormaler Gewinne hergestellt und verkauft werden. Unser Volk ist in diesen Waren abgerissen und verlangt dringend danach. Die Versorgung unseres Volkes mit zweckdienlicher, preiswerter Bekleidung und Wäsche würde eine starke Beschäftigung unserer Textilindustrie sichern. Neben diesen Einheitstypen kann der freie Verkehr in Textilwaren ruhig produzieren, was er will, die Preise dafür werden sich nach der typisierten Ware richten müssen, weil die Hausfrau durch dieselben wieder einen Maßstab dafür erlangt, was normalerweise eine Webware kosten darf. Unnütze und durch Spekulation stark verteuerte Ware dürfe auf diese Weise im Angebot stark zurückgehen. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Fabrikanten wird wieder zur Geltung kommen."

Wundern muß man sich, daß sich keine organisatorisch befähigten Fachleute aus der Textilbranche bislang gefunden haben, die in Verbindung mit einigen Fabriken schon längst solche Einheitsware direkt an die Verbraucher bringen. Zu wünschen wäre es ja, daß die Konsumvereine diesen Zweig ausbauen, aber es fehlt bei ihnen leider an der größeren Unternehmungskraft.

Zusammenschluß in der Fleischwarenindustrie.

Am 20. und 21. d. M. tagte in Berlin die gesamte deutsche Fleischwarenindustrie unter dem Vorsitz des Kommerzienrates Zimmermann-Thannhausen, der als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Fleischwarenindustrie A. G. „Fliag" eine wirtschaftliche Vereinigung der genannten Industrie herbeigeführt hat. Es ergab sich der einmütige Wille, durch festen Zusammenschluß billigen Einkauf und dadurch Abgabe zu möglichst billigen Preisen zu erreichen. Mehr als 200 Industrielle traten, soweit sie noch nicht Aktionäre der Fleischwarenindustrie A.-G. waren, geschlossen in das Unternehmen als Mitglieder ein und erklärten sich bereit, durch Uebernahme von Aktien und Stellung von Krediten die erforderliche Finanzgrundlage zu gewährleisten. Zum Direktor der „Fliag" wurde der Referent im Reichswirtschaftsministerium Dr. Paul Kuhn bestellt.

Neuordnung der Gütertarife. In der vorgestrigen Besprechung über Neuordnung des Tarifsystems entschieden sich die Sachverständigen mit allen gegen zwei Stimmen für den Vorschlag der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen und des ihr beigeordneten Ausschusses der Verkehrsinteressenten, in Zukunft bei den Gütertarifen zum Staffeltarifsystem überzugehen und hierbei die teuren Güter stärker zu belasten, die geringwertigeren zu schonen. Der weitere Vorschlag, die Frachtberechnung nach den Hauptwagenklassen im Grundsatze von der Ausnutzung des Ladegewichts der Fünfzehntonnenwagen abhängig zu machen, fand einstimmige Annahme, desgleichen der Vorschlag über die Neuregelung der normalen Beförderungsgebühren im Tierverkehr. Vom Reichsverkehrsministerium wurde zugesagt, daß die ständige Tarifkommission und der Ausschuß der Verkehrsinteressenten alsbald in eine Prüfung eintreten würden, wie bei Neuordnung der Tarife etwa eintretende Härten gemildert oder beseitigt werden könnten.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

E. 140. Alle halbe Jahre finden sogenannte Talentprüfungen in den Schulen statt, nach denen begabten Schülern die Möglichkeit zu weiterer Ausbildung gegeben wird. Wenden Sie sich deshalb an den Rektor der Schule. — **S. P. 31.** 1. Krankenkasse für Kaufleute und Privatbeamte Deutschlands, Verwaltungsstelle Groß-Berlin, Dessauer Str. 36. 2. Wir haben bisher aus Raummangel nur gelegentlich darüber berichten können; wir werden sehen, ob sich Ihre Anregung ermöglichen läßt.

J. H. Der Schirm hat keinerlei rechtliche Wirkungen. — **B. 5.** Lehnen Sie die Nachzahlung ab. — **R. 77.** Mit Gefängnis. Warten Sie den Ausgang des Strafverfahrens ab. — **Wilhelm 15.** Bis 31. März 1920. — **E. R. 181.** 1. Ersuchen Sie das Amtsgericht um Anberaumung eines Termins zwecks Aufnahme der Austrittserklärung. Nach Ablauf von 4 Wochen spätestens 6 Wochen nach Eingang Ihres Antrages müssen Sie an Gerichtsstelle erscheinen, auch wenn Sie keine Vorladung erhalten haben. 2. 198,60 M. Ermäßigung können Sie nur auf Grund § 20 des Einkommensteuergesetzes beanspruchen. 3. Vorsitzenden der Veranlagungskommission bzw. Finanzamt. — **T. 2.** Schreiben Sie zunächst an die Bank. Eventuell müßte die Todeserklärung erfolgen. — **R. M. in R.** 1. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet, es sei denn, daß der Mietvertrag etwas Gegenteiliges enthält. 3.—5. Erkundigen Sie sich beim dortigen Magistrat. — **W. K., Rudow.** Rufen Sie das Mieteinigungsamt an. Die Friedensmiete dürfte in Ihrem Falle nicht mehr maßgebend sein. — **J. J. 20.** Prüfen Sie die Frage an der Hand der dort ergangenen Verordnungen; uns sind dieselben nicht bekannt. — **M. 87.** 1. u. 3. Ja; erkundigen Sie sich auf dem Polizeirevier. 4 u. 5. Beruht auf freier Vereinbarung. — **Stammtisch.** Nein. — **P. K.** 1. Ja. 2. Wird später beantwortet. — **F. W. 35.** Nein. — **A. B. 69.** Teilen Sie den Vorfall dem Krematorium mit. — **G. T. 100 und 200.** 1. Ja. 2. Ist Sache des Gerichts. 3. Ja, wenn Sie sich eines Anwalts bedienen. — **G. S. 200.** Nein.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000fach bewährt
Preis M. 3,- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

Neu: YORK mit Goldmundstück mit Korkmundstück
GARBÁTY